

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 55 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Verzeichnungsliste für 1886 unter Nr. 763.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennig. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Genthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Parlamentarischer Anstand.

Die ereigten Szenen im Reichstage bei der zweiten Beratung des Sozialistengesetzes ließen mit Sicherheit erwarten, daß gewisse „wohlgestante“ Blätter die Gelegenheit benutzen würden, um der Linken etwas am Zeuge zu flicken und die Schuld an dem ganzen Lärm auf deren Schultern zu wälzen. Das ist denn auch nicht ausgeblieben und die „Magdeburgische Zeitung“ beginnt damit, ein Lammergeheul über die „Verwilderung der parlamentarischen Sitten“ zu erheben, das in den konservativen Blättern einen bereitwilligen Widerhall findet.

Es wird außerhalb der nationalliberalen Partei wenige Leute geben, die es ernsthaft nehmen, wenn die „Magdeburgische Zeitung“ in dem Brustton „sitlicher Entrüstung“ redet. Das steht diesem Blatte, das noch nie Grundzüge gehabt, sondern sich immer nach der jeweiligen herrschenden Windrichtung von oben her gebreht hat, so schlecht an, daß es nur komisch wirken kann.

Aber die Linke trägt auch keineswegs die Schuld an jenen turbulenten Szenen. Die Schuld trägt einzig und allein Herr Stöcker, der den Versuch machte, den wüsten Ton und das anstößige Gebahren der Antisemiten-Versammlungen in den Reichstag zu verpflanzen. Was er damit bezweckte, ist klar. Er wollte das led gewordenen Schiff seines Rufes wieder ausbessern und dazu sollten ihm die Verhandlungen über das Sozialistengesetz dienen. Der Versuch mißglückte so kläglich, als es überhaupt möglich war. Herr Stöcker steht heute in der öffentlichen Meinung nicht günstiger, als vor diesen Verhandlungen; eher noch weit ungünstiger. Und wie unternahm er den Versuch seiner politischen Rehabilitation? Er war es, der zuerst die privaten und persönlichen Verhältnisse von einzelnen Abgeordneten in der gehässigen Weise in die Debatte hineinrug und der mit seinen Verdächtigungen selbst dann nicht aufhörte, als dieselben sachlich zurückgewiesen worden waren. Er hielt sich für berufen, allen Parteien, denen er gegenübersteht, die heftigsten Vorwürfe zu machen und schließlich in ein Klageklieb über den sitlichen Verfall unserer Epoche auszubringen. Wenn man bedenkt, daß es gerade Herr Stöcker war, der das Alles that, so kann man sich doch sicherlich nicht wundern, daß sich auf der Linken wiederholt die Zeichen der lebhaftesten Entrüstung kundgaben und daß das Unterfangen des Herrn Hofpredigers in nicht gerade sanften Ausdrücken zurückgewiesen wurde.

Im Uebrigen wird uns versichert, daß auch bei den nationalliberalen Abgeordneten sich unverkennbare Zeichen der Entrüstung über das Auftreten des Herrn Stöcker kundgegeben haben. Die Verunglimpfungen, welche die „Mag-

deburgische Zeitung“ der Linken applizieren möchte, fallen somit auf die nationalliberale Partei zurück.

Wer mit unserer parlamentarischen Geschichte einigermaßen vertraut ist, der weiß, daß die Nationalliberalen auch nicht den mindesten Grund haben, andere Parteien über parlamentarische Sitten belehren zu wollen. Als diese Partei noch Regierungspartei war und im Reichstage über eine große Mehrheit verfügte, nutzte sie ihre Macht so brutal aus, wie es niemals eine andere Partei wieder gethan hat. Damals war es Sitte, die politischen Gegner niederzuschreien; um ein Beispiel anzuführen, erinnern wir an die bekannte Szene mit dem elfasser Abgeordneten Teutsch. Es waren die Nationalliberalen, aus deren Munde gegenüber einem Redner, der ihnen nicht gefiel, einmal im Reichstage der Ruf: „Sau ihm!“ vernommen wurde. Die Geschäftsordnung ist gegenüber den politischen Gegnern noch von keiner Partei so terroristisch gehandhabt worden, wie von den Nationalliberalen. Oder hat man schon vergessen, daß Herr Valentin ein Mitglied der nationalliberalen Partei war, jener famose Valentin, welcher stets eine Anzahl gedruckter Schlussanträge vor sich liegen hatte, um mit Zustimmung seiner Partei dem politischen Gegner beliebig das Wort abzuschneiden?

Man kann sonach, ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen, sagen, daß sich die parlamentarischen Sitten entschieden gebessert haben, seitdem die nationalliberale Majorität verschwunden ist. Wenn trotzdem die nationalliberalen Größen in ihren Blättern als die „anständigen Elemente“ bezeichnet werden, deren Gesichtern man die Entrüstung über das Treiben der Linken“ angesehen haben will, so macht uns dieser Rufus lachen. Diese Herren Nationalliberalen „entrüsten“ sich auch gar zu leicht; sie machen in „Entrüstung“ auf Befehl oder freiwillig, je nach Bedürfnis. Mögen sie sich „entrüsten“, so viel ihnen immer beliebt! Sie werden dadurch den komischen Eindruck des Schauspiels, das sie der Deffenlichkeit darbieten, nicht abzuschwächen vermögen, des Schauspiels einer Partei, die sich einbildet, etwas zu sein, was sie längst nicht mehr ist. Es ist ein wahrer Genuß für den Zuschauer, diese nationalliberalen Staatsmännchen zu beobachten, wie sie im Bewußtsein ihrer imaginären Größe umherstolzieren und es für sehr staatsmännisch erachten, der Regierung gegenüber bei jeder Gelegenheit die tiefsten Bücklinge zu machen, selbst dann, wenn sich die Regierung von diesem aufdringlichen Servilismus angewidert fühlt! Sehnsüchtlid blicken die strebsamen Staatsmännchen nach den Sitzen des Bundesraths, die so erklommen ihnen nicht vergönnt ist. Und es wäre doch so schön, da oben zu sitzen. Aber so lange man nicht den Muth hat, gänzlich konservativ zu

werden, wird man sich's wohl verkneifen müssen, sich wüdevoll dort oben hin zu drapieren, und die Regierung hat mit allzu „schmiegsamen“ Leuten auch nicht gerne zu thun.

Keine Partei hat den Parlamentarismus mehr diskreditirt, als die nationalliberale, durch ihren Baselmuth, ihre Schwäche und ihren Egoismus. Wenn ihre Anhänger sich dennoch herausnehmen, „parlamentarischen Anstand“ zu predigen, so können sie nicht verlangen, daß man dies, falls man nicht einfach darüber lachen will, als etwas anderes betrachtet, denn als die widerwärtigste politische Heuchelei.

Politische Uebersicht.

Den Nationalliberalen war es bei Beratung des Sozialistengesetzes vorbehalten, den Versuch zu machen, durch direkte Fälschungen gegen die Sozialdemokratie aufzubeugen. Da ist ein Abgeordneter mit Namen Fritz Kalle, der als ein volkswirtschaftliches Licht der Partei gilt. Derselbe wollte gestern eine große Vernichtungsrede gegen die Sozialdemokratie halten, doch hatte er seine Rechnung ohne den „Schuster“ gemacht, das heißt ohne eine Broschüre, die ein Pastor Schuster gegen die Sozialdemokratie vor längerer Zeit geschrieben hat. Aus dem kommunistischen Manifest wollte nämlich Herr Kalle beweisen, daß die Sozialdemokraten Weidbergemeinschaft forderten; er nahm den „Schuster“ zur Hand und las einige Sätze, als im kommunistischen Manifest stehend, aus demselben vor. Sofort erscholl vielstimmig der Ruf bei den Sozialdemokraten: Erlögen! Steht nicht im Manifest! Gerade das Gegentheil! Im kommunistischen Manifest steht nämlich, daß bei den heutigen gesellschaftlichen Zuständen die Weidbergemeinschaft thatsächlich bestehe, daß die Liebe künstlich sei und daß derartige Zustände abgeschafft werden müßten. Der nationalliberale Redner wurde durch die energischen Zwischenrufe derart perplex, daß er seine „Vernichtungsrede“ mit Ach und Krach, begleitet von lautem Gelächter kaum zu Ende führen konnte. Als er die Tribüne verlassen hatte, wurde ihm das kommunistische Manifest, welches aus der Bibliothek rasch herbeigeschafft worden war, unter die Nase gehalten. — Wie ein — — — Bubel drückte sich Herr Kalle in seinen Sessel. — Die Herren Nationalliberalen aber haben zu ihren früheren Verdenthaten eine neue, ihrer würdige hinzugefügt.

Die Berliner „Volkszeitung“ gefällt sich neuerdings mehr und mehr im Eiertanz zwischen deutschem Freisinn und Sozialdemokratie. So brachte sie erst gestern wieder einen Artikel, dessen sich kein Sozialist zu schämen brauchte, aber —

Feuilleton.

Der Crädler.

Roman von A. G. Brachvogel.

(Fortsetzung)

Niemand sah aber das veränderte Benehmen Josua's mit mehr Ersauern und größerem Argwohn an, als Schällein selber, der, so theilnahmlos und schweigsam er sich verhielt, besser vielleicht als alle Uebrigen die Lage der Dinge durchschaute und in seiner beliebten Weise auf der Lauer lag, um im rechten Augenblick das Gewicht seines rücksichtslosen Entschlusses in die Waagschale zu werfen.

Die Gelegenheit hierzu sollte sich bald genug finden. Anfangs Mai, mithin ein Vierteljahr vor den Gerichtsferien, welche, wie Josua meinte, den Sohn in's Vaterhaus zurückzuführen und fortan an dasselbe fesseln sollten, da das Affessorexamen, welchem Edmund nahe, in der Residenz B abgemacht werden mußte, fühlte sich Papa Hennings besonders matt und elend. Er schlief schlecht, fühlte eine große, zersetzende Schwäche, die Vorbote einer schleichenden Krankheit, und es schien, als solle die seine, durchdringende Frühlingsluft seine Säfte ganz verzehren, und der Ruf, welcher die ganze Natur zu rascherem Pulsschlag rief, seinen letzten Augenblick herbeiführen.

Nachdem er Tage und Nächte lang mit sich zu Rathe gegangen, gar oft das vergessene, unausgefertigte Testament durchlesen und stets mißmuthig bei Seite gelegt hatte, schickte er eines Tages Beaten zu Schälleins mit der Bitte hinunter: „Ramsell Mathilde möge doch auf eine halbe Stunde zu dem kranken Herrn kommen, er habe mit ihr Ranzherlei zu reden.“

Justus sah Beaten verdutzt an. Mathilde erdöhete, und Christine stand zögernd da, sie wußte nicht, wie sie sich in Gegenwart ihres Mannes benehmen sollte.

„Om, hm!“ räusperte Justus auf. „Das ist eigen genug! — Na, Kranke sind wunderbar, man muß mit ihnen ein Einsehen haben. Eine Empfehlung, meine Tochter wird kommen!“

Beate nickte und ging. Die gute Alte war selbst über diesen Auftrag erstaunt, hatte sie sich doch Hennings' Freundlichkeit zu der jungen Schällein in letzter Zeit ohnehin nicht recht erklären können.

„Mathilde“, sagte Justus ernst, als die Wirthschafterin verschwunden war. „Du magst gehen und sehen, was der Alte will. Seit Edmund fort ist, hast Du Ranzherlei für Dich behalten, was ich hätte erfahren müssen, — ich kenne Euch Weiber aber, Ihr liebt die Geheimnisthämerei. — Glaube mir, ich weiß Alles, mehr vielleicht, als Ihr selber, und kann mir denken, was Hennings vorhat. Bisher habe ich mich nicht weiter in Deine Angelegenheiten gedrängt, als meine Pflicht als Vater mich nöthigte, von jetzt an verlange ich aber von Dir Offenheit, verlange, daß Du mir sagst, was Der da oben will, — oder —“ sein graues Auge blitzte unheimlich fast, „ich möchte der Liebe fluchen, die ich immer für Dich gehabt habe! Hörst Du?“

„Lieber, guter Justus, ich bitte Dich —!“
„Sei ganz ruhig, Mutter!“ rief Schällein, „Du hast Dich albern genug bisher benommen, glaubst Du deinem Kinde zum Glück zu handeln, und es ist nichts wie Zammer, bleiche Wangen und schlaflose Nächte dabei herausgekommen! — Willst Du offen sein, Mädel, ja oder nein?“

Er hatte Mathilden bei der Hand gepackt, die Linke auf ihre Schulter gelegt und sah ihr starr, düster in's erschrockene Antlitz. Langsam rann eine verthöhlene Thräne über seine Wange.

„Ja, lieber Vater, ich will es. Ach, ich konnt's nicht über's Herz bringen, Dir alles zu sagen!“

„Gut, Du hast noch nie gelogen! — Geh' zu Hennings hinauf, aber ohne meine Erlaubniß versprichst Du ihm nichts; verstehst Du, nichts! Dein Vater verbietet es Dir, Dein Vater, der Dein Glück will.“

Er drückte ihr die Hand, preßte einen heißen Kuß auf ihre Stirn, dann setzte er sich wie krasilos in den alten Leberstuhl am Ladentisch.

Mathilde ging langsam hinaus.

„Aber Justus“, sagte Christine bellommen, indem sie zu ihm trat, „wie kannst Du so heftig und außer Dir sein, ich kann nicht begreifen —“

„Ja, nicht begreifen! Daß Du nichts begreifen kannst, das begreife ich! Wie's kommen wird, sehe ich, und will dabei nicht ruhig sitzen, will nicht mein Kind in's Elend rennen sehn! Ihr habt diese brüthhalb Jahre nach Eurem Kopfe gehandelt, und dumm gehandelt, jetzt hört's auf!“ — Er machte eine hastige Bewegung mit der Hand, und Christine verstand ihn zu wohl, um noch ein Wort zu äußern. In solchen Augenblicken war Schällein nie beizukommen.

Indessen hatte Mathilde ihre einfache Toilette rasch in Ordnung gebracht und erschien bei Beaten, welche sie in Herrn Hennings' Wohnzimmer führte.

Nur als Kind war sie in diesen Räumen gewesen. — Alles stand am alten Plage und schaute sie mit der Gravität vergangener Tage an.

„Gehen Sie nur immer vorwärts, dort ist des Herrn Schlafstübchen, Lildchen, er liegt drinnen auf dem Sopha.“

Mathilde näherte sich zitternd der Thür und klopfte leise. Auf den Ruf Josua's trat sie verlegen ein und blieb im Gefühl unwillkürlicher Bangigkeit an der Thür stehen.

Der alte Herr, in den Schlafrock gewickelt, mit einem Marzipan zugedeckt, lag auf dem Sopha, vor sich einen Tisch mit Büchern, Arzneien und Zeitungen. Als sie eintrat, wendete er hastig den Kopf und sah sie von oben bis unten mit dem eigenthümlichen Lächeln der Befriedigung an. Er erhob sich rasch zu einer sitzenden Stellung.

„Ach, da sind Sie ja, Mathildchen! Das ist häßlich! — Ich hab' Sie schon recht erwartet. — Aber was bleiben Sie denn an der Thür stehen, Kind, ich bin kein Rabob, sondern ein armer, alter Mann, der Trost von Ihnen will. Da sehen Sie sich her, hier auf den Sessel neben mich, daß ich Ihnen in die lieben Augen sehen kann!“ —

fügt sie sogleich wieder mit ängstlichem Seitenblick auf ihre brodbrochenden Aktionäre hinzu — „es versteht sich von selbst, daß wir mit diesen kritischen Bemerkungen zu den Ausführungen des Reichskanzlers über das sozialdemokratische Programm nicht im entferntesten für das letztere an sich eintreten wollen.“ Es freut uns, daß die „Volkzeitung“ selber eingesteht, daß sie mit der Arbeitersache „nicht im entferntesten“ etwas zu thun hat. Bei den nächsten Wahlen wird sie wieder das Banner des Herrn Eugen Richter schwingen, da ihre bürgerlich demokratische Partei doch schon von Anfang an in den letzten Jagen lag, — und wenn sie jetzt vor den Arbeitern und den Arbeiterführern ein so geschmeicheltes Rückgrat zeigt, so dürfte das aus viel klingenderen und darum zwingenderen Gründen zu erklären sein, als aus Sympathie für die Bedürfnisse des Volkes. Wir begreifen jede arbeiterfreundliche Bestrebung mit Freuden, mag sie kommen, von welcher Seite sie will. Aber ein Blatt, das heute die Arbeiter lockt und umschmeichelt, um sie morgen an den mancherlei Heerbanden des Herrn Eugen Richter zu vertragen, — ein solches Blatt wird allen denkenden Arbeitern immer in tiefer Seele zuwider sein.

Unnatürliche Parteibündnisse. Wir lesen in verschiedenen nationalliberalen Zeitungen eine gleichlautende Notiz, in welcher von dem unnatürlichen Parteibündnis der Deutsch-Freisinnigen und Liberalen die Rede ist. Wenn man von einigen Einzelproben absteht, so hat man ja recht, wenigstens soweit ein derartiges Parteibündnis in der That besteht. Aber ist es denn kein unnatürliches Parteibündnis, welches in viel höherem Maße zwischen Konservativen und Liberalen vorhanden ist? Sind denn Konservative und Liberale nicht die schärfsten Gegensätze? Schon in den beiden Ausdrücken ist dies festgestellt: konservativ und liberal bezeichnen zwei ganz verschiedene Weltanschauungen. — Doch dies findet auf die National-Liberalen keine Anwendung mehr, die National-Liberalen sind eben nicht mehr liberal. — Sie sind konservativ geworden. Zwischen ihnen und den Konservativen herrscht also ein ganz natürliches Parteibündnis. Dr. Raquadren und Hofprediger Söder haben sich längst schon den Bruderkuß gegeben.

Eine parlamentarische Abnormität erblickt die „Presl. Waga“ mit Recht in der Behandlung der kirchenpolitischen Frage. „Es würde nicht allzusehr bedenklich haben — schreibt das „Presl. Blatt“ — wenn die preussische Regierung sich mit der Kurie über Bestimmungen verständigt hätte, um dieselben nachher, zu einem Gesetzentwurf verarbeitet, dem Landtage vorzulegen; aber daß Papst Leo und Fürst Bismarck über einen Gesetzentwurf, welcher dem Herrnhause bereits zur Beschlussfassung vorliegt, mit einander verhandeln, als ob nicht ein preussisches Gesetz, sondern ein internationaler Vertrag in Frage stünde, gehört zu den vielen Undegreiflichkeiten, an welchem die Geschichte des preussischen Parlamentarismus so reich ist, wie die seines anderen Landes. Mag die neue kirchenpolitische Vorlage angenommen oder verworfen werden, jedenfalls ist sie über die Köpfe nicht des Bentrums, sondern des Landtages zu Stande gekommen, und das ist der Humor davon.

Ueber das Verhalten des Fürsten Bismarck in der Kulturkampffrage giebt die „Times“ eine recht merkwürdige Erklärung. „Wenn erst zwischen der preussischen Regierung und der Bismarckpartei der Friede geschlossen ist, — meint das Weltblatt — wird sich Fürst Bismarck in einer besseren Lage befinden, seine ökonomischen Pläne zu fördern, welche die Arbeiterklassen in ihren Gefühlen der Exekutive näher bringen sollen. Dies ist gegenwärtig jugendlichermaßen das Ziel und der Zweck seines Lebens. Es ist sein Ehrgeiz, Deutschland so zufrieden und gedeihlich im Innern zu sehen, wie es nach Außen steht. Er will für diesen Zweck alle konservativen Kräfte auf seiner Seite haben, und da die römische Kirche eine solche Kraft ist, hat er als wahrer Staatsmann beschlossen, sie für sich zu gewinnen.“ — Wir wissen nicht, was Fürst Bismarck im Innersten seines Herzens wohl erstreben mag. Aber wir fürchten, von den drei Zielen, die er im Reichstag so sehr betonte: Geld, Soldaten und ein zufriedenes Volk, dürfte ihm das dritte am wenigsten am Herzen liegen. Und seine neue Bundesgenossenschaft bestärkt uns nur in unserer Befürchtung.

Die Garantie für die egyptische Anleihe wurde bekanntlich seiner Zeit im Reichstage hauptsächlich damit begründet, daß die Garantiemächte hauptsächlich nie in die Lage kommen würden, etwas zahlen zu müssen. Der ungarische Ministerpräsident scheint hierüber anderer Meinung. Er erklärte im ungarischen Reichstage ausdrücklich, man könne nicht ein für allemal sagen, daß diese Garantie niemals tatsächlich in Anspruch genommen werde. Er schlug daher in Uebereinstimmung mit dem Grafen Apponyi vor, daß der Reichstag zwar die Konvention annehme, sich aber für den Fall einer tatsächlichen Inanspruchnahme der Garantie und für den Fall, daß bis dahin eine Konvention über die Repartition der Garantielast zwischen den einzelnen Mächten nicht zu Stande gekommen wäre, sich vorbehalte, über das Verhältnis der Repartition und über die Modalitäten derselben mit den übrigen

kompetenten Faktoren zu entscheiden. Ungarn verpflichtet sich also zwar, die Garantielast zu übernehmen, der Reichstag aber behält sich das Recht vor, über das Ausmaß derselben im Falle einer Repartition der Zinsenlast auf die einzelnen Staaten einen neuen Beschluß zu fassen. Dadurch gewinnt die Garantie einen sehr theoretischen Charakter, weil der eventuelle Inhalt derselben von einem neuen Votum des Reichstages abhängt. — Das scheint uns viel richtiger, als die Haltung unseres Reichstages, der zu Gunsten der egyptischen Bondholders sofort die Steuerkraft des Volkes verpfändet hat.

Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes bezüglich der Kornkollektion der Stettiner Stadtverordneten ist so interessant, daß wir aus der Begründung noch folgendes nach der „N. Stett. Bzg.“ mittheilen: „Die Stadtverordneten-Versammlung ist zuständig gewesen, eine Petition des vorliegenden Inhalts zu beschließen. Es handelt sich um eine Petition an den deutschen Reichstag. Die Ausübung des Petitionsrechts auf dem Gebiet der Reichsregierung und Verwaltung ist nicht besonders geregelt; die Reichsverfassung berücksichtigt das Petitionsrecht im Artikel 23, in so weit dasselbst gesagt ist, daß der Reichstag das Recht hat, an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrathe beziehungsweise Reichskanzler zu überweisen. Die Prüfung der Zulässigkeit der in vorliegenden Sache stattgehabten Beschränkung der Petitionsfreiheit hat daher nach preussischem Staatsrecht zu erfolgen. Der Gesetzgeber beschränkt im § 35 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 die Befugnis der Stadtverordneten-Versammlung zur Vernehmung und zur Beschlussfassung und somit auch das Petitioniren, welches ohne die Thätigkeit nicht denkbar ist, der Regel nach auf Gemeindeangelegenheiten. Die Gemeinden sind vermögensrechtliche Subjekte, ihre Organe die Verwalter ihres Eigenthums. Eine Petition der Gemeindeorgane in Sachen der staatlichen beziehungsweise Reichsregierung erscheint nur dann als Gemeindeangelegenheit, wenn sie in der Besonderheit der Verhältnisse der örtlichen Gemeinschaft ihren Ausgangspunkt, in dem Schutz und in der Förderung dieser Verhältnisse ihr Ziel hat. Diese Norm steht in vollem Einklange mit den aus der Stellung der Gemeinden im Organismus des Staates resultierenden legislatorischen Vorgängen; ihr entspricht ferner im Wesentlichen die bisher bekannt gewordene Praxis der Aufsichtsbehörden. Nach derselben ist der Befugnis der städtischen Organe zum Petitioniren der weite Kreis der Gegenstände entzogen, die, wie namentlich auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, ihrer thatsächlichen und rechtlichen Natur nach die Beziehung auf eine einzelne Gemeinde ausschließen. Ein signifikantes Beispiel dieser Art ist der vor Kurzem bekannt gewordene Verlust, die Petition einer Stadtverordneten-Versammlung um Vermehrung der Zahl der für den Umkreis einer Stadt (Berlin) bestimmten Reichstags- und Landtagsabgeordneten in das Leben zu rufen. Dem Kommissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses ist insoweit beizupflichten, als die vorliegende Petition nicht als eine Gemeindeangelegenheit angesehen werden konnte, wenn sie lediglich nach ihren Eingangsbahnen zu beurtheilen wäre und zwar mit Rücksicht auf deren ganz allgemeinen Inhalt. Der Kern- und Schwerpunkt besteht aber in der versuchten, durch jene Sätze eingeleiteten Darlegung der besonderen Bedeutung einer Kornkollektionserhöhung für den Handel und Verkehr der Stadt Stettin als des Haupt-Import- und Exportplatzes der Ostsee für Getreide, eine Darlegung, an welche sich die Behauptung knüpft, daß die ganze erwerbende Bevölkerung Stettins und deren Steuerkraft in Mitleidenschaft gezogen werden würde, wenn eine so bedeutende Einfuhr, wie die des Getreides und der dadurch bedingte Schiffsverkehr dem Stettiner Hafen verloren ginge. Für die hier zu treffende Entscheidung ist nicht danach zu fragen, ob diese Annahme ganz oder zum Theil haltlos ist. Hier kommt es nur darauf an, daß jene Angaben nicht als Drament einer unzulässigen Einmischung in die praktische Lösung einer großen finanzpolitischen Frage dienen sollen. Hierfür fehlt jeder Anhalt und es scheint der Gegenstand der Petition nach den vorstehend entwickelten Grundsätzen allerdings als eine Gemeindeangelegenheit, über welche die Mägen zu beschließen nach § 35 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 zuständig war.“

Bei der Abstimmung über das Sozialkessengesetz (2. Lesung) haben vom Bentrum (ohne Hospitalanten) 43 Mitglieder mit nein, 35 mit ja gestimmt, 21 fehlten. **Staatshilfe für bankrotte deutsche Rittergutsbesitzer.** Aus Polen wird der „Freis. Bzg.“ folgendes geschrieben: Es sind dem Ministerium bereits über 100 Güter aus der Provinz Posen zu Kolonisationszwecken angeboten worden. Es ist dies hauptsächlich von Deutschen geschehen, die eine willkommene Gelegenheit vor Augen sehen, ihren zerrütteten Vermögensverhältnissen aufzuhelfen. In der Liste der falliten Gutsbesitzer aus der Provinz Posen begegnet man in den letzten Zeilen fast ausschließlich nur deutschen Namen. **Rechtsanwalt Tolkemitt** zeigt an, daß ihm von der Einleitung eines Strafverfahrens gegen ihn aus Anlaß eines Ar-

tikels über den Diktator noch nichts bekannt sei. Wir hatten diese Nachricht anderen Blättern entnommen.

Die sozialdemokratische Partei der Pfalz will nunmehr auch bei der Abgeordnetenwahl zum bayerischen Landtag in die Agitation treten. Zu diesem Zweck hat dieselbe für Sonntag, den 4. April, eine Versammlung nach Ludwigshafen einberufen, in welcher die Stellungnahme der Partei zur nächsten Landtagswahl, sowie die Schritte zur Erlangung des allgemeinen direkten Wahlrechts für den bayerischen Landtag besprochen werden sollen.

Belgien.

Dem „Intransigent“ wird aus Brüssel telegraphisch: Wir wissen nicht, woher die auswärtigen Blätter und namentlich die „Agence Havas“ es haben, daß die hiesige Bewegung von deutschen Sozialisten geleitet sein soll. Das ist ganz und gar falsch. Man braucht übrigens nur die Listen der Todten, der Verwundeten und der verhafteten Arbeiter durchzusehen, um sich zu vergewissern, daß alle Belgier und kein einziger Deutscher unter ihnen ist. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß die revolutionäre Bewegung sich nicht auf die Grubenarbeiter beschränkt; andere Handwerkergruppen theilnehmen sich ebenfalls daran, wie Schneider, Friseur, Anstreicher, Glasbrenner, Bläser, Schmelzer, Feiger und Schmiede. — Auch der Korrespondent der „National-Zeitung“ bestätigt dies durch folgende Mittheilung: „Die streikenden Arbeiter um Mons im Voringengebiete sind zum größten Theil Wallonen, aber auch das flämische Element tritt hier schon hinzu. Deutsche Einflüsse haben hier nicht mitgewirkt, eine sozialdemokratische Bewegung ist hier fast vollständig unbekannt; die sozialistischen belgischen Blätter sind im ganzen Gebiet nur in ca. 300 Exemplaren verbreitet. Kein ökonomische Gründe haben hier die Arbeiter zum Streik veranlaßt.“ Das klingt wesentlich anders als die Hegartikler anderer Blätter. Der Berichterstatter der „Nat. Bzg.“ weist ferner darauf hin, wie maßlos die Tumulte von einer sensationellsten Presse übertrieben worden sind. „Je mehr ich — heißt es da — die Situation überschauen konnte, um so mehr mußte ich mich mit Nothwendigkeit die Meinung ausdrücken, daß die französischen Journalisten, die die ersten Berichte über die Streiks geschrieben, zu sehr in „Sensation“ gemacht hatten. Ein Inspektor versicherte uns, daß der Schaden in der Glacerie de Roux sich nur auf 80 000 Mark beläuft und was hatten die Franzosen daraus gemacht, aus den Tausenden waren beinahe Millionen geworden! Man hatte, nur um einen sensationellsten Publikum befriedigen zu können, die unglücklichsten Greuelthaten verbreitet, und damit der Welt Schrecken und Angst eingejagt, wozu doch Grund nur in sehr geringem Grade vorhanden war.“

Ein Meeting der Arbeitervereine in Gent tabelte die Ordnungsförderung und empfahl Ruhe und Besonnenheit auf dem Verlangen nach sozialen Reformen. Ein Komitee Brüsseler Rechtsanwälte hat sich zur Vertheidigung der zahlreichen Gefangenen im ganzen Lande gebildet. Alle Gefangnisse sind überfüllt und es erfolgen immer mehr Verhaftungen. Die Regierung wird einen Kredit von den Kammeren verlangen müssen zur Entschädigung für die angerichtete Zerstörung, da die Gemeinden zu arm sind, um der gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Die Streiks in den Steinbrüchen sind beinahe beendet. Ein großer Streik droht in den großen Bergwerken von Mariemont.

Wie der „Voss. Bzg.“ aus Brüssel telegraphisch gemeldet wird, sollen an der rheinisch-belgischen Grenze preussische Truppenaufstellungen erfolgt sein. Die Verhütung dieser Meldung wird abgemauert sein. In der Kohlengrube Mariemont soll der Streik zu einem Dynamitattentat gegen den Bergwerksdirektor geführt haben, wobei Holzstäfelung, Hausdächer und Fenster des Gebäudes zerstört wurden.

Oesterreich Ungarn.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat der Kultusminister sich über sein Programm der Reform des Mittelschulwesens ausgesprochen. Herr v. Gausch redete den humanistischen Studien das Wort; das Bildungsniveau der Abiturienten könne nicht herabgesetzt werden. Wenn dennoch Erleichterungen eintreten sollen, so müsse ein neues Gymnasialjahr geschaffen werden. Er gebe mit dem Gedanken um, das zehnte Lebensjahr als Minimalalter für den Eintritt in die Mittelschulen zu fixiren.

Schweiz.

Auch in der Schweiz scheint sich das Bedürfnis nach einem „Juliusburger“ geltend zu machen. Die liberale „Neue Zürcher Zeitung“ führt aus, daß die Million Franken, welche im Bundesrathe für Bestreitung der ersten Bedürfnisse einer Mobilmachung bereit liegen, doch eintretenden Falls nicht ausreichend sein würden, und daß es, trotz allem Patriotismus, doch schwer halten würde, 20, 30, 40 Mill. in einem kritischen Momente zusammen zu raffen. „Darin wird sich“, fährt sie fort, „der Bundesrath und die Bundesversammlung die Frage stellen müssen, ob die Schweiz nicht allmählig einen ansehnlichen Kriegsschatz in barem Gelde anammeln soll. Wir sprechen damit nicht für das System der Anlegung von Kriegss-

„Herr Hennings, ich —“
„Ach was, Herr Hennings, Papa Hennings heißt's. Machen Sie keine Umstände, setzen Sie sich!“
Mathilde leistete mit hohem Erdröthen Folge.
Josua ergriff ihre Hand und hielt sie fest, eine wehmüthige Seligkeit schien über ihn zu kommen.
„Hören Sie mir ruhig zu, Mathilde, antworten Sie mir auf meine Fragen als ein ehrliches, treues Mädchen, und wenn ich sterbe, Kind, soll meine erste Bitte bei Dem droben für Sie sein.“
Mathilde schloß ein leises Frösteln über ihren Körper gleiten.
„Sie sind in meinem Hause groß geworden, Schatz, mit meinem Edmund groß geworden, und Ihr habt Euch wie Bruder und Schwester betrachtet. Aus Kindern werden Leute, und Ihr Beide seid in die Jahre gekommen, wo ein junger Mann und ein junges Mädchen nicht ungefragt mit einander umgehen können, zumal so'n hübsches Mädchen, wie Du, Perzchen!“
„Herr Hennings, verzeihen Sie, ich —“
„Still, ganz still. Wenn zwei jungen Leuten dann das Unglück passiert, daß sie sich in einander verlieben, so können sie doch nichts dafür, mein Liebchen. — Sag' mal, habt Ihr Euch in einander verliebt? Bist Du Edmund gut? Ehrlich!“
Mathilde war wie von Purpur übergoßen, ihr Herz schlug so gewaltig, daß sie ängstlich mit der Hand dasselbe preßte. Ihre Lippen zuckten und stammelten: „Ja!“
„Siehst Du wohl? — Hat Dir Edmund Bersprechungen gethan, und wann? Ganz aufrichtig, ich bin ja nicht böse!“
„Er hat sich mir schon als Student versprochen, und da er nach S... ging, den Abend vorher, hat er mir's geschworen!“
Eine lange Pause der Spannung für Mathilden folgte, während dem eine gewaltige Bewegung Josua überkam. Er drückte heftig Mathildens Hand.
„Dein Vater ist dagegen?“
„Ja!“
„Ich weiß, er ist auf Edmund schlecht zu sprechen.“

— Hast Du keine Hoffnung, er werde seine Meinung ändern?“
„Ich weiß es nicht, Herr Hennings. Als wir zusammen in Oberhoff damals waren und von Edmund Abschied nahmen, hat mir der Vater nachher auf dem Kirchhof, wir kamen vorbei, versprochen, wenn Edmund ein solch respektabler Mann würde, wie er's wünschte, würde er nicht Nein sagen!“
Josua fuhr auf. — Dann sann er nach und lächelte.
„So so! — Und Ihr habt also Edmund in Oberhoff gesehen? Erzähle mir das, meine Tochter!“
Mathilde erzählte ihm von den Bedenken und Weigerungen ihres Vaters, und vergaß nichts, was dem alten Herrn ein lebendiges Bild jener Abschiedsstunde geben konnte.
Nach einer Weile sagte er rasch:
„Hast Du von Edmund's Schreiben in S... Nachricht?“
Da stürzten unaufhaltsame Thränen aus des armen Mädchens Antlitz, und sie begann zu schluchzen, so heiß und schmerzlich, daß sie ihr Gesicht bedecken mußte, um sich recht auszuweinen.
Josua Hennings zitterte am ganzen Leibe. Er hatte sie losgelassen, seine Hände gefaltet und schien aus tiefstem Herzensgrunde mit seinem Schöpfer zu reden. Darauf wurde er gefaßter.
„Liebst Du meinen unseligen Edmund noch, Kind?“
„Ja, ach Gott ja! Mehr wie mein Leben!“
„O Tochter, Tochter, Gott segne Dich in Ewigkeit. Versprich mir, ihn ewig zu lieben, nie eines Andern Weib zu werden, als seines! Ich will Dein Vater sein, Du sei seine Reiterin, aber versprich mir's, damit — damit ich ruhig sterbe!“
Mathilde stand auf, todtbleich! Krampfhaft preßte sie seine Rechte!
„Herr — Herr Hennings, Gott allein weiß, wie gern ich's versprechen möchte! Gott weiß, was in mir lebt für Edmund, aber aus Liebe zu meinem Vater darf ich Ihnen nichts versprechen!“

Die Hände sanken ihr kraftlos herab, sie hätte in die Knie brechen mögen.
„Mathilde, wie es auch komme, — Du hast meinen Segen, Du sollst mir Tochter sein, oder keine! Gott, der mich wohl eher abrufen wird, als ich denke, der weiß meinen Willen! — Sei recht oft bei mir, ja? — Das wird Dir Dein Vater schon erlauben, und — bitte den Alten schön, daß er nachher zu mir komme, ich habe keinen Freund mehr als ihn, und — ach, gar so viele Sorgen.“
Schluchzend fast zog er Mathilden zu sich, umarmte und küßte sie, nannte sie mit tausend Namen der Liebe. Schien doch in diesem Mädchen forsan seine ganze irdische Hoffnung vereint. — Als er sich ein wenig gesammelt hatte, entließ er die Trödelstochter, die, mit welch' wunderbaren Gefühlen ihm das erste Mal die Hand küßte, ihm Vater nannte.
Sie eilte hinab zu den Eltern und theilte ihnen in Ueberfülle ihres Herzens Alles mit, was zwischen ihr und Josua vorgefallen war.
„Also er hat Dich doch binden wollen! Binden an diesen Burschen, damit seines Sohnes Glück mit dem Deinen erlaucht werde! Nimmermehr! Hast Du's ihm denn wirklich nicht zugesagt?“
„Ich habe es nicht!“ sagte Mathilde mit brechender Stimme.
„Das war recht! Ist mir lieb! Ich werd' zu ihm gehen und ihm meine Ansicht sagen. Das wird der Geschichte ein Ende machen, mein ich. Er verlangt von mir, was er wolle, aber nicht, daß ich Schlimmeres ihue, als einen Selbstmord. Hier hör: alle Theilnahme, aller Dank, alle Freundschaft auf! Still, ich höre nichts, schlechterdings nichts! Ich muß wissen, was ich ihue, und, Gott Lob, ich weiß es verdammt genau!“
Josua eilte zu Josua und überließ den Frauen, mit dem Chaos ihrer Gedanken, so gut sie konnten, fertig zu werden.
(Fortsetzung folgt.)

fonds im allgemeinen, denn für jedes Land fallen eigenartige Verhältnisse und Bedürfnisse in Betracht, und offenbar wäre es ganz überflüssig, wenn z. B. England oder die Vereinigten Staaten etwas Derartiges schaffen wollten; — aber wir sind kein England. Wir sind ein kleines Land, das leicht zu überumpeln ist, unsere großen Geldreserven liegen zum Theil an der Grenze und im Kriegsfall könnte es uns darum bald am Nothwendigsten mangeln.

Großbritannien.

Allem Anschein nach kommt demnächst auch die Frage des Immobilienrechts in Fluß. Eine Deputation der Free Land League (Bodenfreiheitsliga), welche sich dieser Reform hauptsächlich widmet, hatte dieser Tage mit dem Großkanzler eine Unterredung, in deren Verlauf sich über einige wichtige Reformen Uebereinstimmung zwischen den Ansichten des Ministers und denen der Liga ergab. Nach englischem Recht erbt in Intestatsfällen der älteste Sohn des Erblassers allen Grundbesitz unter Ausschluß sämtlicher übrigen Familienmitglieder. Diesem Rechtsgrundgesetz ist es zuzuschreiben, daß der englische Adel sich wesentlich im ungeschmälerkten Besitz seiner Ländereien erhalten hat und daß sich immerfort neue Großgrundbesitzerfamilien durch Aufzählung des Kleinbesitzes bilden, denn das Prinzip der Anerkennung des ältesten Sohnes wird noch in seiner Wirkung dadurch verstärkt, daß durch Ausnutzung des weitgehenden Testamentsrechts die meisten Besitztümer durch die ältesten Söhne nur zur Nutzung auf Lebenszeit vermachbar, während als eigentliche Erbe dessen Sohn, häufig ein noch ungebotenes Kind bestellt wird. Die Tradition zwingt dann diesen nominell zur freien Verfügung der Ländereien gelangenden Enkel des ursprünglichen Erblassers, das Besitztum wiederum in gleicher Weise seinem Sohn als Nutznießer und seinem Enkel als wirklichen Erben zu vermachbar, „to entail it in tail male“, wie der technische Ausdruck lautet. Dieses Intestamentenrecht des ältesten Sohnes aufzuheben und das „law of settlement and entail“ dahin zu ändern, daß die Festlegung des Grund und Bodens in der Art der Majorate nicht mehr möglich ist, halten alle Agrarreformer Englands für den ersten Schritt, um „Freihandel im Land“ und dadurch eine Gesundung der Besitzverhältnisse einzuleiten.

Im Unterhause erklärte Unterstaatssekretär Bryce, er könne in Betreff Bulgariens keine Mitteilung machen, da die Unterhandlungen fortbauerten. Was Griechenland anbelange, so halte die Regierung fest an den von dem Cabinet Salisbury eingegangenen Engagements. Das russische Geschwader habe die Süddarwin nur zeitweilig verlassen und werde bald nach derselben zurückkehren.

Im Oberhause gab der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Royle, eine analoge Erklärung ab und fügte derselben noch hinzu: Wir haben von Rußland die herzlichsten Versicherungen über seine Kooperation in dieser Frage erhalten.

Franzreich.

In Folge des Streiks, der in Firmy bei Decazeville ausgebrochen ist, hat hier eine große Versammlung von Decazeville und Caubert begangen sich gruppenweise und unter Abzügen der „Carmagnole“ nach Firmy. Eine Gruppe trug an einer Stange einen roten Vopfen. Als Basly dies bemerkte, forderte er die Arbeiter auf, derartige Manifestationen zu unterlassen, worauf die improvisierte rote Fahne entfernt wurde. Der Verwaltungsrath der Bergwerke von Voregron hat D. dre gegeben, die Werkstätten zu schließen und das Feuer der Hochöfen auszulöschen. In Folge dessen sind in den betr. Werkstätten Bettel angeschlagen worden, welche die Arbeiter davon in Kenntniß setzen, daß von heute Abend 6 Uhr an die Arbeit in sämtlichen Werkstätten eingestellt werden muß. Nicht weniger als 1250 Arbeiter sind dadurch plötzlich arbeitslos geworden.

Die Arbeiten der französischen Budgetkommission werden allseitig mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, weil dieselben möglicherweise nicht ohne Einfluß auf das Schicksal des Ministeriums freizincit oder wenigstens einiger Mitglieder desselben sein werden. Ursprünglich forderte die Regierung eine Anleihe von 1468 Millionen; Minister Freycinet erklärte aber in der Budgetkommission, er akzeptiere den Betrag von 900 Millionen für die Anleihe; 400 Millionen davon sollen direkt den Sparkassen überwiesen und 500 Millionen in öffentlicher Subskription ausgetrieben werden. Die anwesenden 24 Kommissionsmitglieder nahmen einstimmig die Vorschläge Freycinets an, so daß, wie das „Börseblatt“ mittheilt, in der Sitzung dieser 900 Millionen in 3 Proz. perpetueller Rente durch die Kammer nicht mehr gezweifelt werden könne.

Italien.

Der von uns bereits erwähnte Venediger Prozeß hat wieder einmal die Nothwendigkeit der Gutscheidung für ungerecht verhasst recht deutlich gemacht. 19 brave Landarbeiter des Gebietes von Mantua haben 14 Monate lang gegen die Staatsgewalt im Gefängnis geschmachtet und sind sämtlich freigesprochen worden. Der Prozeß hat geradezu ungeheure Dimensionen angenommen. Es sind 320 Zeugen verhört worden! Es stellte sich im Verlaufe des Prozeßes heraus, daß die Landarbeiter, durch das größte Elend, durch die erbärmlichsten Löhne und durch Ausschreitung Gebrauch zu machen. Sachverständige Kerle, die vernommen wurden, erstarrten vor Schrecken, die Bilder von dem Elend, das unter der Landbevölkerung jener Gegenden herrscht und die Veranlassung zu ansiehenden Krankheitsgefahren sind. Bürgermeister und Grundbesitzer aus dem Mantuanischen bestätigten diese Erklärungen; sie bekannten, daß die Arbeitslöhne auf 60, ja auf 45 Cent pro Tag herabgesunken seien. Die meisten auch von den Verurtheilten sprachen sich zu Gunsten der Angeklagten aus und der Direktor der Eisenbahn von Mantua, Prof. Sacchi, drückte sogar seine Freude über die Bewegung der arbeitenden Bevölkerung aus, weil sie ein Zeichen erwachenden Selbstbewußtseins und wiedererweckter Menschwürde sei. Die Freigesprochenen wurden vor dem Justizpalaste mit Musik empfangen und im Triumph nach San Giobbe geleitet, wo der Verein der Arbeiter Lebensmittel und Geld an sie vertheilte. Möge dieser Prozeß den einzigen Segen haben, der ihm folgen kann! Möge er die Aufmerksamkeit der Regierung auf jene arme, hungernde Bevölkerung lenken! Möge die Enthüllung des Elends seine Milderung bewirken!

Rußland.

Dem Reichsrath soll jetzt nach dem famosen Landarbeitergesetz ein Fabrikgesetz vorliegen, das natürlich Alles wiederum dem Belieben der russischen Bürokratie überläßt. Die Vorlage enthält nur die allgemeinen Prinzipien, nach welchen das Gesetz gehandhabt werden soll. Die Festsetzung der Einzelheiten soll besonders einflussreichen Aufsichtsbehörden übertragen werden, um diese Einzelheiten den jeweiligen lokalen Verhältnissen anzupassen. Dies Verfahren dürfte in Rußland gewöhnlich, jedoch Bedenken erregen. Die Ausführung des Gesetzes wird dadurch dem individuellen Belieben einzelner Personen überlassen, und es könnte bei den eigenhümlichen russischen Beamtenverhältnissen leicht dahin kommen, daß das Gesetz in vielen Fällen unausgeführt bleibt.

Der Ausgang auf der Renna bei Schlüsselburg und der Ausgang auf der Düna bei Friedriksstadt hat begonnen. Nach den vorliegenden Nachrichten ist im westlichen Rußland das Aufgehen der Rüsse diesmal von starkem Eisgang und Hochwasser begleitet, Warschau und Mittau sind theilweise überschwemmt. In Mittau wurde eine hölzerne Brücke von den Eisschollen zertrümmert; auf der Dombrows-Zwangorod-Bahn ist eine Brücke beschädigt.

Balkanländer.

Der Fürst von Bulgarien besteht auf seiner Weigerung, sich auf eine kurze Ernennung einzulassen. Nach einer hochoffiziösen Mittheilung der „Köln. Zig.“ aus Sofia erklärt der Fürst, daß er im Bulgarischen Frieden nur deshalb auf alle berechtigten Forderungen des Siegers verzichtet habe, um die bulgarische Vereinigung sicherzustellen. Die bulgarische Vereinigung habe zu viel Blut und Geld gekostet, als daß sie neuerdings in ein fünfjähriges Provisorium umgewandelt werden könne. Das gesammte Ministerium habe das Vorgehen des Fürsten einhellig gebilligt. Der Kaiser Rußlands über den Widerstand des Fürsten Alexander macht sich wieder in einem offiziellen Artikel des „Journal de St. Petersburg“ Luft, worin es heißt, es handle sich um eine Transaktion, aus welcher Bulgarien eines Tages definitive Lösungen hervorgehen lassen kann, wenn man die Weisheit besitzt, keinen neuen Konflikt und keine neuen Komplikationen hervorzurufen, so daß dadurch die Mächte veranlaßt werden könnten, ihr Entgegenkommen zu bedauern.“ Das Journal führt aus, daß die Situation im Orient keine radikalen Lösungen vertrage und daß eine gewisse Unklarheit sich den Verhältnissen von selbst aufdränge. Die gegenwärtige Transaktion erscheint notwendig im Namen höherer Interessen und wenn Rußland, welches sozial Opfer für Bulgarien gebracht hat, es verlangt, so hat es auch das Recht darauf zu rechnen, daß seine Stimme gehört werde.“ Der Artikel schließt mit der verstärkten Drohung, es bleibe dem Fürsten Alexander nichts übrig, als sich zu unterwerfen.

Amerika.

Jay Gould erklärt, daß das Oberhaupt der „Ritter der Arbeit“, Mr. Bonderly ihn in Betreff der schiedsgerichtlichen Beilegung des Streiks auf den Südbahnen mißverstanden habe, da in New-York nichts gethan werden könne, vielmehr der Vizepräsident Hoyle in St. Louis alles zu arrangiren habe. Der Streik dauert daher fort. In East St. Louis, Kansas City, haben die Streikenden Eigentum zerstört. Der Gouverneur von Illinois hat ein Regiment unter Waffen gerufen und in St. Louis sind 300 Mann Bundesstruppen angekommen. Die Verhandlungen zwischen Gould und den Rittern der Arbeit dauern übrigens noch fort und es ist Aussicht auf eine Regelung des Streiks durch ein Schiedsgericht vorhanden.

Parlamentarisches.

In der gestern stattgehabten Sitzung des Bundesraths sind offiziell Vernehmen nach die neuen Gesetzentwürfe, betr. die Besteuerung des Branntweins, nicht zur Vorlage gelangt. So viel man hört, sind dieselben bisher nicht definitiv festgesetzt und werden jedenfalls erst noch in der veranschaulicht Sonntag wieder stattfindenden Sitzung des Staatsministeriums zur Durchberatung gelangen. Erwägt man, daß dann noch die königliche Genehmigung zur Einbringung der Entwürfe im Bundesrathe als Anträge Preußens erforderlich ist, so wird man kaum festsetzen, wenn man annimmt, daß die betr. Gesetzentwürfe frühestens Mitte der nächsten Woche an den Bundesrath gelangen könnten. Der Reichstag wird sich vor Ostern kaum mit ihnen zu beschäftigen haben.

Lokales.

Die Nachrichten über Vereine und Versammlungen beanspruchen oftmals, und nicht immer zur Freude des Redakteurs, einen recht erheblichen Theil von dem disponiblen Raum in den Organen unserer Tagespresse. Unser Versammlungswesen aber hat sich so vielseitig entwickelt, daß es je länger je mehr zur Unmöglichkeit wird, die Wünsche aller Vereinsinteressenten in den Referaten zu befriedigen. Demgegenüber hat es etwas Wohlthätiges, einmal auf eine Art von Versammlungen hinzuweisen zu können, bei denen die Teilnehmer den Anspruch auf Offenheit in den meisten Fällen nicht erheben, obwohl diese Zusammenkünfte für die Beurtheilung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse keineswegs uninteressant sind. In einem abgedorrten Zimmer oder in dem kleinen Saale irgend eines Restaurant versammelten sich 30, 40 auch wohl 50 Herren, und ein rechtsverfäuglicher Referent hält ihnen einen erbaulichen Vortrag über das Thema: Der Einbruch dieser hochgeehrten Versammlung ist — pleite! sämtliche Anwesende bleiben bei dieser Mittheilung sehr ruhig, denn sie ist ihnen längst bekannt, neugierig ist man nur auf die „Regulirungsvorschläge“. Vor etwa zehn Jahren, als diese Versammlungen zuerst Mode wurden, erzielten die Einbrucher nicht selten unter dem augenblicklichen Eindruck eines mündlichen Vortrages, in welchem die Verhältnisse recht passend geschildert wurden, ein recht günstiges Resultat, aber das nüchterne Geschäftsleben hat sich von dem anwidertreiblichen Einbruche des rednerischen Schwunges bald freigemacht und so passirte es vor einigen Tagen einem hiesigen Bauunternehmer, der vor zehn Jahren in einer solchen Versammlung einen sehr vortheilhaften Akkord zu Stande gebracht hatte, daß er ein vollständiges Fiasko erlebte, als er jetzt wieder einen ähnlichen Versuch machte. Seine Gläubiger blieben bei den rednerischen Ausführungen kühl bis an das Herz hinan und tauschten untereinander ihre Kenntnisse über die Vermögenslage des Schuldners aus; was Einer nicht wußte, wußte der Andere und das Resultat war, daß man die Akkordvorschläge einstimmig zurückwies und der Einbrucher still mit dem Seufzer davonschlich: Wie sich doch die Zeiten ändern!

Die Rarunge'sche Familien-Tragödie. Der Rarunge'sche Mordprozeß, der mit der Beurtheilung der Frau Rarunge und ihres Sohnes Albert wegen Ermordung ihres Mannes resp. Vaters zum Tode und der Freisprechung des anderen Sohnes Hermann beendet worden ist, bringt, wenn auch spät, die Sühne für ein Verbrechen, welches einen entsetzlichen Einbruch in die Nothwendigkeit mancher Gestaltete. Da leben sie mitten unter uns, verkehren mit uns, essen mit uns an demselben Tische, wir begegnen ihnen am Frühlingssonntag auf dem Spaziergang im Walde — die Mutter und der Sohn, die sich in aller Gemüthsruhe hinsetzen und überlegen, wie sie den unbehaglichen Vater aus dem Wege schaffen können, und die dann, nach der programmgemäßen Ausführung nicht einen Moment Gewissensbisse haben. Der Sohn, der dem Vater eben den Schädel eingeschlagen und ihn dann mit der Mutter im Keller vergraben hat, zieht sich „Vater's“ beste Kleider an, geht sofort auf den Töpferball und amüßert sich herrlich, die Mutter ist zwar etwas mehr mitgenommen, aber ihre Aufregung hindert sie nicht, sich mit dem Strickzeug an das Bett der jüngeren Kinder zu setzen und ihnen zu erzählen, der Vater sei fortgegangen und habe gedroht, nicht wiederkommen. Das Motiv zur That ist nicht recht klar gestellt worden. Vielleicht wirkten zwei Motive zur That mit. Der alte Rarunge war Maurer mit zahlreicher Familie. Von 12 Kindern leben jetzt noch fünf. Daß er für seine Verhältnisse wohlhabend gewesen — er besaß ein kleines Anwesen mit Viehhühnerhof — ist nachgewiesen, er hatte auch bares Geld. Natürlich war diese Befriedigung des Lebens nur durch äußerste Sparsamkeit zu erziehen, und es mag sein, daß unter derselben die Frau etwas zu leiden hatte. Aber er sparte doch für sie und die Kinder, und es ist andererseits erwiesen, daß seine Weigerung, Geld herzugeben, sich niemals auf notwendige Bedürfnisse, sondern stets nur auf Luxusdinge bezog. Sodann behandelte er die Kinder streng. Albert, der Älteste, hatte sich gegen ihn vergangen, indem er den Vater geschlagen, Hermann, der zweite, hatte den Vater bestohlen. Nun führte er eiserner Bucht ein. In dem Hause kam es zu Streit und Lader, der schließlich permanent wurde, als die Mutter sich

auf die Seite der Kinder schlug. Nun wurde der Alte versauert, er griff zur Schnapsflasche und im Born soll er jähornig gewesen sein. Schritt für Schritt, Stufe für Stufe sah man die Familie sinken. Hermann schafft sich eine Braut an, und da der Alte seine Einwilligung versagt, lebt er in wilder Ert. Auch als ihm ein Kind geboren wird, beharrt der Alte auf seiner Weigerung des Eheschlusses. So kommt es auch zwischen Hermann und dem Vater zu Mißbilligkeiten. Diesem Verhältnis hat er es zuzuschreiben, daß auch er unter Anklage gestellt ist, von dem Morde wenigstens gewußt zu haben. Aber da nicht nur nichts gegen ihn erwiesen ist, sondern seine Mutter und sein Bruder ihn ausdrücklich exculpiren, ja da einige Zeugen ganz direkt darthun, Hermann habe ganz offen seine Meinung stets ausgesprochen, mit dem Verschwinden des Vaters könne es nicht ganz richtig sein, und „der Albert und Mutter würden schon etwas darüber wissen“, so erfolgte seine Freisprechung in vollständiger Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung, die ihn in der That für ganz unbedeutend hält. Desto widerlicher gestaltet sich nun das Verhältnis zwischen der Mutter und dem Sohne Albert. Bis zu einem bestimmten Punkte stimmen ihre Aussagen überein. Wie furchtbar einfach sich die paar Worte lesen. Der Vater hatte wieder einmal geschickt, da sagt der Albert: „Mutter, wenn Vater man erst todt wäre“, „Ja, aber er lebt doch“, „Ich werde ihm ein Paar mit dem Holzloper auf den Kopf geben“, „Das bekommst Du doch nicht fertig“, sagt die Mutter. Die Szene spielt sich beim Abendbrot ab. Der Sohn aber protestirt gegen diese Unterredung: „Ja, ich werde schon“. Es folgen nun einige Verabredungen. Albert kommt Abends, stellt sich mit den Kleidern des Vaters in den Holzstall, bis der Alte nach Hause gekommen und sich zu Bette gelegt hat. Die Mutter ruft ihn: „Er ist fest eingeschlafen“ und . . . nun kommt die Verschiedenheit in den Aussagen. Albert erzählt: „Ich ging hinein, den Schlag zu führen. Als ich es thun wollte, wurde ich ohnmächtig und lag wohl eine halbe Stunde bewußlos. Als ich dann zu mir gekommen, war der Vater todt.“ — Die Mutter sagt: „Ich rief Albert, er ging hinein, schlug auf den Vater los und sagte dann, als es vorbei war. Ich ging inzwischen zu den Kindern — (es sind noch drei kleine Kinder da) und beruhigte sie über das Abgehen des Vaters; er habe wieder seine Krampfanfälle.“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Darstellung der Frau die richtige ist. Die Aussagen der Kleinen bestätigen dies. Aber welche ein fürchterlicher Mensch ist dieser Albert. Bei aller Berthiertheit und anscheinenden Gleichgiltigkeit gegen das Leben, welches krampfhaft festhalten an demselben. In seinem Kopfe muß sich die Ansicht festgesetzt haben, daß nur der dem Beile des Scharfrichters verfallt — Herr Kraus war im Ausdrukk „Beihilfe“ in der Anklageschrift läßt ihn vermuthen, daß, wer nur geholfen, mit langer Zuchthausstrafe davonkomme. Und so will er denn, wie er den Vater ermordet, auch die Mutter aus dem Leben entfernen, sie, in der wenigstens der eine menschliche Zug noch geblieben, die Liebe zu ihren Kindern. Er hätte sich nicht so angustieren brauchen, auch diese entsetzliche Einzelheit der Mutter aufbürden zu wollen, wenn er gewußt hätte, daß sie ohnehin mit ihm sterben würde, daß das Gesetz darin keinen Unterschied kennt, wer das Verbrechen begeht, wenn es von Zweien gemeinschaftlich geplant worden ist. Nur in der eben erwähnten Einzelheit gehen also die Aussagen auseinander. Mutter und Sohn, die nebeneinander sitzen, bewacht von Beamten, wollen sich gegenseitig mit jetzt Haß sprühenden Augen vergiften. Gemeinschaftlich haben sie dann den Leichnam in einen Saal gesteckt, in den Keller geschleppt und dort vergraben. Gemeinschaftlich haben sie in außerordentlich geschickter Weise das Verschwinden des Vaters erklärlich zu machen gesucht, bis das Verhängniß sie doch ertöte. Der Instinkt der Charlottenburger Bevölkerung ließ sich nicht täuschen. Immer und immer wieder tauchte die Ansicht auf, bei dem Marunge's sei es doch nicht richtig, und die Volkstimme bezeichnete sogar den Keller als den Ort, wo das Opfer von Weib und Kind begraben worden. Es ist in dem Prozesse nicht berührt worden, wieso trotz häufiger Untersuchungen die Leiche im Keller nicht gefunden wurde, wieso die furchtbare That so sehr lange unentdeckt bleiben konnte. Die öffentliche Meinung war auch stets der Ansicht, daß seitens irgend eines Beamten hier nicht mit richtigem Verständniß vorgegangen war. Nun, da die That gesühnt wird, athmet man wieder auf. Schrecklich, wie der entsetzliche, nun klar gelegte Mord ist, noch schrecklicher wäre es gewesen, wenn er unentdeckt geblieben wäre.

Die Vereine haben doch ihre guten Seiten! Vier „lustige“ junge Leute engagirten, vom „Boo“ kommend, eine Droschke 1. Klasse zur Fahrt nach der Louisestraße. Unterwegs, an der Ecke der Friedrichs- und Schützenstraße, wurde aber noch einmal Halt gemacht und sah der Kutscher, daß ihn die Wagendecke, welche beim Einsteigen der Fahrgäste noch im Wagen gelegen hatte, fehlte. Er machte dieselben sofort auf diesen Umstand aufmerksam und forderte für die fehlende Decke 5 M. Entschädigung. Es wurden ihm aber nur 3 M. geboten, die derselbe aber nicht annahm, da sich durch einen später hinzugelassenen Kutscher herausstellte, daß die Fahrgäste während der Fahrt die Decke aus dem Wagen geworfen hatten. Dem „Verein Berliner Droschkentischer“, welchem der Beschädigte als Mitglied angehört, wurde die Sache übertragen und haben die Herren Fahrgäste es vorgezogen, nach erfolgter Aufforderung den vollen Preis der Decke (5 M.) einzulösen.

Unsere Vororte führen nach und nach sämtlich die Hundesteuer ein. Auch Nieder-Schönwalde hat sie bekommen. Sie bringt in solchen Orten ziemlich viel ein, denn bei der isolirten Lage der Häuser ist ein Hund fast eine Nothwendigkeit. Aber Geld braucht heut das kleinste Gemeinwesen in immer steigender Proportion und deshalb nimmt man es, wo es geht.

Ein hiesiger Tabak- und Zigarrenfabrikant, in dessen Besitzthum beständig acht bis zehn Arbeiter in regelmäßiger Beschäftigung thätig sind, war von der Tabakindustrie-Berufsgenossenschaft zur Aufnahme in die Unfallversicherung herangezogen worden; hiergegen führte er Beschwerde beim Reichsversicherungsamt, erhielt aber von dort einen abschläglichen Bescheid. Die genannte Behörde spricht in der Begründung des Bescheides folgenden Grundlay aus: Die Rauchtabak-, Schnupftabak-, Zigarren (Zigaretten) herstellenden Betriebe sind in der Regel als Fabriken im Sinne des § 1 Absatz 1 des Unfallversicherungsgesetzes zu betrachten, sofern der Unternehmer ständig mit fremden Arbeitskräften arbeitet und nicht etwa nur mit Familienangehörigen für eigene Rechnung; nur im letzteren Falle liegt eine nicht-versicherungspflichtige Hausindustrie vor. — Bei der großen Ausdehnung, welche die Tabakfabrikation in Berlin in den letzten Jahren trotz der vielen mißlichen Verhältnisse erlangt hat, verdient diese Entscheidung in den interessirten Kreisen besondere Beachtung.

Polizei-Bericht. Am 31. v. M. schoß ein Herr in seiner Wohnung in der Johannistagsstraße sich mit einer Pistole in die Brust und starb kurze Zeit darauf an Verblutung. — Am 1. d. M. früh wurde in einem Keller des hiesigen Central-Viehbothes ein obdachloser Schlächtergeselle erhängt aufgefunden. — Zu derselben Zeit sprang ein Mann in selbstmörderischer Absicht von der Admiralitätsbrücke ins Wasser und ertrank. — Am Vormittag des Abends d. 2. d. M. wurde bei dem Grundstück Mühlendamm Nr. 32 die bewußte Frau verweiste Leiche einer unbekannt, etwa 40 Jahre alten Frauensperson aus der Spree gefischt. Alle diese Leichen wurden nach dem Weichenschauhaufe geschafft. — An demselben Tage Nachmittag wurde an der Ecke der Heyd- und Kaiserin-Augustastrasse ein etwa 23 Jahre alter Mann bewußlos aufgefunden und mittelst Droschke nach der Charité gebracht. Nach einem bei ihm vor-

gekundenen Jettel hatte er Gift genommen. — Zu derselben Zeit wurde gegenüber der Regentenstraße aus dem Landwehrkanal die Leiche einer etwa 25 Jahre alten Frauensperson gezogen. Neugierde Verlesungen waren an derselben nicht erkennbar. Sie wurde in das Leichenhaus gebracht.

Vereine und Versammlungen.

Die öffentliche Tischlerversammlung im „Salon zum deutschen Kaiser“, Lothringerg. 37, in welcher der Reichstagsabgeordnete Herr Pannschuck am Mittwoch Abend einen Vortrag über die gegenwärtige Lage des Handwerks und die Notwendigkeit der Berufsorganisation halten wollte, konnte nicht stattfinden, weil dieselbe, nicht wie die üblichen Versammlungen, polizeilich verboten wurde, sondern weil der Wirt des Lokals sich in letzter Stunde weigerte, sein Lokal zu dieser Versammlung herzugeben. Wie uns der Einberufer der Versammlung mitteilt, wurde ihm für diese Versammlung die Benutzung des Saales unter der Bedingung zugesichert, daß er eine Entschädigung von 10 Mk. an den Wirt zu zahlen habe, falls dieser in der Versammlung nicht mindestens eine Tonne Bier verschänkt. Trotz dieses am Sonntag abgeschlossenen Vertrages wurde das Lokal am Mittwoch Abend verweigert. — Jedenfalls wird der Wirt dem Einberufer die entstandenen Unkosten für Säulenanschlag, Zeitungsinserat u. zu ersetzen haben.

Fachverein der Tischler. Heute Abend 8 1/2 Uhr in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28, Versammlung. Tagesordnung siehe Inserat. Freiwillige Beiträge zur Unterstützung auswärtiger freitender Tischler werden in der Versammlung, sowie So. nachts Abends von 8 1/2 bis 10 Uhr auf den Bahnhöfen entgegengenommen. Die Bahnhöfe befinden sich: 1) Blumenstr. 56 (Tischlerberge); 2) Skalyerg. 18 bei Stramm; 3) Belle-Alliancepl. 6 bei Hilscher; 4) Biondistr. 11 bei Hohn; 5) Müllerstr. 184 bei Häbring. Dasselbst werden Beiträge entgegengenommen und neue Mitglieder auf-

genommen. Die statistischen Fragebogen sind in allen Vereinsversammlungen, sowie bei den Mitgliedern der Fachkommission und auf den Bahnhöfen zu haben. Im ersten Quartal d. J. sind dem Verein 292 neue Mitglieder beigetreten. Die mit ihren Beiträgen residierenden Mitglieder werden auf die Bestimmungen des § 9 des Vereinsstatuts aufmerksam gemacht.

Verein der Einseher (Tischler). Generalversammlung am Sonntag, den 4. d. M., Vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstraße 44. Tagesordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. Der Vorstand ersucht alle Kollegen, welche sich dem Verein noch nicht angeschlossen haben, dies zu thun. Die Aufnahme neuer Mitglieder geschieht durch den Kassier vor und nach der Versammlung.

Die freie Organisation junger Kaufleute zu Berlin hat ihr Bureau am 1. d. M. nach der Klosterstraße 23 III. verlegt. Dasselbe ist täglich von 2 bis 2 1/2 Uhr Nachmittags geöffnet. Dasselbst befindet sich auch das Bureau der Nationalen lauffähigen Kranken- und Sterbe-Kasse (C. S. 71) Berlin.

Fachverein der Püger. Sonntag, den 4. April, Vormittags 11 Uhr: Ordentliche Mitgliederversammlung im Vereinslokal, F. Seifstr. 10. Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.

Verein deutscher Stellmacher (Mitgliedschaft Berlin). Sonnabend, den 3. April, Abends 8 Uhr, Versammlung in Keller's Lokal, Andreasstr. 21 (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Stellungnahme zu der vom Kgl. Polizeipräsidium gestellten Verfügung. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste haben Zutritt.

Große öffentliche Versammlung der Sattler Berlins. Sonnabend, den 3. April, Abends 8 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79. Tagesordnung: 1. Die Stellen für die Sattler zur Lohnbewegung? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Singsverein „Sängerlust“, Ballisadenstraße 9, jeden Sonnabend Abend 9 Uhr.

In der freireligiösen Gemeinde spricht am Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Rosenthalerstr. 38, Herr Schäfer über das Gesetz der Wahrheit vom Standpunkt der Humanität. Zutritt steht Jedem frei.

Vereinigung der deutschen Schmiede. (Mitgliedschaft Berlin.) Sonnabend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79. T. D.: 1. Vortrag des Herrn Wegner über „alte und neue Weltanschauung“. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. Frauen ist der Zutritt gestattet.

Große Kommunalwähler-Versammlung des Nordens und des Ostens Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Bögom's Brauerei, Prenzlauer Allee, Ecke der Saarbrückerstraße. Tagesordnung: Die Wohnungstrage und der Stadtverordnete Herr Hoffmann II. Der Stadtverordnete Herr Hoffmann II ist hierzu brieflich eingeladen.

Generalversammlung der Zimmerleute Berlins und Umgegend am Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in der „Tonhalle“, Friedrichstraße 112. T. D.: 1. Die Amtswortschreiben der Meister. 2. Wahl eines Generalfonds-Kassiers. 3. Verschiedenes. Die Herren Arbeitgeber, welche Binnmergesellen beschäftigen, sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Fachverein der Steinmeger. Versammlung am Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Abtrog's Salon, Sophienstr. 34. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Per Streik der Steinmeger in Halle a. S. 3. Anträge zum Kongress. 4. Verschiedenes.

Ortskrankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Berufsgenossen zu Berlin. Ordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, im Palmensaal, Neue Schönhauserstr. 20. Tagesordnung: 1. Neuwahl für ein auscheidendes Mitglied. 2. Bericht des Ausschusses über die vorgenommene Prüfung der Jahresrechnung. 4. Erhellung der Decharge. 5. Vorlage, betreffend Statutenänderung.

Theater.

Sonnabend, den 3. April.
Opernhaus. Jar und Zimmermann, komische Oper in 3 Akten.
Schauspielhaus. Glück bei Frauen, Lustspiel in 5 Akten von G. von Moser.
Deutsches Theater. Der Königsleutnant.
Wallner-Theater. Hofmann's Töchter.
Residenz-Theater. Frau Doctor, Schwant in 3 Akten von P. Ferrer u. H. Bocage.
Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: Sein Spezi.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Hugenotten, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiel und 8 Akten von Jakobson und Willen.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Victoria-Theater. Wegen „Amor“ Proben geschlossen.
Ostend-Theater. Die Loreley, romantisches Schauspiel in 5 Aufzügen.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Ballnertheaterstraße 15. [1200]
Heute:
Benefiz für
Ed. Stobbe.
Die Räuberherberge
im Walde.

Große Märchen-Posse mit Gesang in 4 Akten von Friedrich Dopp.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Wochentags Wochentags Willigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Kaiser-Panorama.

Nur diese Woche:
Das schottische Hochland. I. Abth. Eine Reise d. d. schönen Spanien. Gertha-
Reise. Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 Pf.
Kinder nur 10 Pf.

Todes-Anzeige.

Donnerstag, d. 1. d. M., starb plötzlich mein lieber Mann, der Maurerpolier **Wilhelm Gärtner**. Die Beerdigung findet Sonntag, d. 4. d. M., Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Pleggenr. 4 aus nach dem Thomaskirchhofe statt. Um stilles Beileid ersucht die betrauerte Wittwe nebst Tochter. [1215]

Albert Gräf

im städtischen Krankenhaus Moabit. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. April, Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomaskirchhofes bei Brigg aus statt. [1220]
Die Kollegen der Werkstatte von O. Kaiser.

Verein der Bau-Anschläger.

Am Mittwoch Abend 9 1/2 Uhr starb unser langjähriger Vereinskollege Herr
Otto Zimmermann.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. April, Nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Bernauerstraße 92 nach dem Elisabeth-Kirchhof (Gesundbrunnen) statt.
J. A. B. Kunz.

Statt besonderer Meldung.
Allen Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Da Lange**, geb. **Sahn**, am 31. März nach heftigem schweren Krankenlager sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Sonntag, d. 4. April, Nachm. 4 Uhr, vom Trauerh. Grünauerstr. 8 aus statt. [1231]
Gustav Lange nebst Kindern.

Fachverein d. Böttcher.

Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Heise, Lichterbergerstr. 21. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vespredung über Sommerergrünungen. 3. Abschaffung der Junstgebräuche in unserem Gewerbe. 4. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. [1225] Der Vorstand.

Arb.-Bez.-Verein der Dranienburger Vorstadt u. d. Wedding.

Montag, den 5. April, Abends 8 Uhr, General-Versammlung

in Pleine's Salon, Gerichtstr. 10, Ecke Kochstr. Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht. 2. Beschlußfassung über die Stellung des Vereins zu den Kommunalwahlen. 3. Vortrag des Herrn Soy über: „Die Zukunft des Handwerks.“ 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. 6. Fragekasten. Gäste haben Zutritt, wenn sie sich als Mitglieder einzeln lassen. — Für die Mitglieder dient das Quittungsbuch als Legitimation.
NB. Die Bibliothek befindet sich bei **Schramm**, Kochstr. 32a, und können die Bücher jeden Sonntag Vormittag von 10-12 Uhr gewechselt werden. [1224] Der Vorstand.

Fachverein der Tischler.

Sonnabend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28, Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Herrn Hans P a n d über: „Die Werthschätzung des Lebens in unserer Zeit.“ Diskussion und Fragekasten. Ausgabe der statistischen Fragebogen. Gäste willkommen. [1227]

Verein d. Einseher (Tischler).

General-Versammlung

Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstraße 44. Tagesordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. [1217] Der Vorstand.

Ortskrankenkasse der Klempner.

General-Versammlung der Delegirten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer am Sonntag, den 11. April, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei **Mundt**, Köpenickerstr. 100. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über seine Thätigkeit. 2. Abnahme der Jahresrechnung per 1885 und Decharge. 3. Erhellung. 3. Verschiedenes. [1216] Der Vorstand.

Ich empfehle mein **Schuhwaaren-Geschäft** von selbstgefertigten Herren-, Damen- und Kinder-Schuhen zu soliden Preisen. Bestellungen nach Maß, besonders für Fußleidende, sowie Reparaturen jeder Art werden in kürzester Zeit prompt ausgeführt. [1052]

Anton Woyack, Müllerstr. 12a.

Uhren-Fabrik

G. Scharnow,

besteht seit zwanzig Jahren, Berlin S., Oranienstr. 153, Edu. Moritzpl., empfiehlt unt. Jährig. Garantie zu allerbilligsten Preisen:

Silb. Zylinder-Uhren 15, 18, 20, 24 Mk.; silb. Zylinder-Uhren mit Remontoir-Aufzug 24-30 Mk.; silb. Anter-Uhren m. Remontoir-Aufzug 36, 40, 44, 50 Mk.; gold. Damenuhren 30, 33, 36, 40, 45 Mk.; gold. Damenuhren mit Remontoir-Aufzug 36, 40, 45, 50-150 Mk.; gold. Herren-Remontoir-Uhren von 50 Mk. an; Regulator-Uhren zu Fabrikpreisen, 8 u. 14 Tage gehend, 12, 15, 18, 24, 30-75 Mk. Kaiser Stuhluhren, Wand-, Komtoir- u. Wecker-Uhren, sowie echte Talim- u. Nidelleiten in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.
Zylinderuhr reinigen 1.50 Mark.
Neue Feder 1.50 Mark.
Reparaturen nach Uebereinkunft. [1146]

Große öffentl. Volksversammlung

Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr präzise, in Keller's Lokal, Andreasstr. 21. [1226]

Vortrag des Herrn Reichstags-Abg. Vollmar

über: Die gegenwärtige sozialpolitische Lage und die Thätigkeit des Reichstages.

Freunden und Bekannten empfehle meinen reichhaltigen Frühstückstisch (toll und warm), kräftigen, guten Mittagstisch (Suppe, Gemüse, Braten) mit Bier oder Kaffee: à Rouvert 60 Pf. (im Abonnement 6 Mark für 3 Mark). Speisen à la carte zu jeder Zeit. Jeden Abend **Partoffelpuffer**, à 20 Pf. Weiß- und Gairischbier, Seidel 10 Pf., Moselwein, à Glas 20 Pf., Apfelwein, à Glas 10 Pf. [1129]

Max Kreutz, Restaurant zur Versöhnung,

Kottbusserplatz (Alte Fische).

Allen Freunden und Bekannten zeige hiermit an, daß ich mit dem heutigen Tage das

Cigarren- und Tabak-Geschäft

15 b Weinbergsweg 15 b für eigene Rechnung übernommen habe. Cigarren in bekannter Güte. Echten Hanewaker Santabak. Achtungsvoll [1188]

A. Bremer.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich ein

Restaurant Wienerstraße 31

eröffnet habe und bitte, mich durch geeigneten Zuspruch unterstützen zu wollen. [1188]

F. Mitau.

Preuss. Leihhaus,

Bentzstr. 14, Aktien-Gesellschaft, beleihet [1017]

Waaren aller Art.

Sobald erschien: [1230]

Die Sozialdemokratie

vor dem Deutschen Reichstage. Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 19. Februar 1886. Zweites Heft. [1230]

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Sobald erschien Nr. 27 des

„Bahren Jakob“.

Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44. [1229]

Ein anständ., alleinstehendes, armes Mädchen will ihr Kind, ein 11. Mädchen v. 18 Mon., an kinder. Leute, w. es an Kindesstatt annehm. woll., verg. 3. erf. Ritterwalderstr. 16 b. Rumyhl, S. 42r.

Freunden und Bekannten empfehle ich mich zur pünktlichen Besorgung des „**Berliner Volksblatt**“ sowie sämtlicher Journale, Mode-Zeitungen, Broschüren u. s. w. Central-Zeitungs-Expedition von G. Schmidt, Manteuffelstraße 80. [1198]

Arbeitsmarkt.

Einen Lehrling zur Schlosserei u. Maschinenbau verl. Georg Doenon, Louisen-Ufer 2a. [1221]

Ein tüchtiger Bierabzieher sucht noch einige Stellen. Näheres Br. Frankfurterstraße 8b, vorn 4 Tr. bei Schulz. [1214]

Ein tüchtiger Figurenschneider findet sofort sehr lohnende Beschäftigung bei [1228] Deit. Schulz, Wassergrasse 12.

G. Drechslergef. v. Prügmann, Alte Jakobstr. 133.

G. Drechslergef. v. Prügmann, Alte Jakobstr. 133.

Gruppenbilder sind zu haben bei G. Scholz, Eisenbahnstr. 36 b III. [1222]

Herren- und Knaben-Garderobe empfehle in gediegenen Stoffen und eleganter Ausführung. [1051]

Ganze Anzüge von 15-45 Mk., Frühjahrs-Ueberzieher v. 12-30 Mk., Hosen von 3-15 Mk. Auch nach Maß in kurzer Frist.

Ignaz Weiland, Grüner Weg 95, nahe dem Andreaspl.

Einige Schlafophas, neu, gut gearbeitet, habe ich billig zu verkaufen. **Heinr. Kahlen, Tapezierer**, [1213] Spezialgeschäft für Polsterwaaren, Potsdamerstr. 20, im Fabriksteingeb., 2 u. 3 Tr.

Gruppenbilder sind zu haben bei G. Scholz, Eisenbahnstr. 36 b III. [1222]

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

80. Sitzung vom 2. April, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates von Boetticher, von Püttamer.

Eingegangen ist die Rechnung der Kasse der Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1883/84. vorgelegt zur Decharge bezüglich desjenigen Theils dieser Rechnung, welcher sich auf die Reichsverwaltung bezieht.

Zur dritten Beratung steht der G.-G. betr. die Verlängerung des Sozialistengesetzes, wie er nach Annahme des Art. 95 v. Hertling lautet: „Die Dauer der Geltung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 wird hiermit bis zum 30. September 1888 verlängert.“ (Die Vorlage verlangte bekanntlich die Verlängerung bis zum 30. September 1891.)

Abg. Kroeber: Die Vertreter der Volkspartei haben in der Kommission dieselbe Stellung zu den Windthorst'schen Anträgen wie die Deutschfreisinnigen eingenommen. Wir brachten weitere Anträge ein und haben dieselben nur deshalb nicht wiederholt, weil wir sie für aussichtslos halten mußten. Unser Partei-Programm schreibt uns vor, gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen; wir stimmen also auch gegen das Sozialistengesetz. Dasselbe ist übrigens vielfach gegen meine Partei angewendet worden. So wurden in München verschiedene Versammlungen, welche die Volkspartei einberufen hatte, verboten oder aufgelöst, ja bei den letzten Stichwahlen wurden generell alle Versammlungen der Volkspartei verboten. Noch ärger ging es in der bayrischen Rheinpfalz zu. Die Volkspartei wollte 1882 das 50jährige Jubiläum des Hambacher Festes von 1832 feiern. Eine Versammlung unter diesem Himmel wurde verboten; statt dessen meldete der Kollege Grebe eine Versammlung zu Neustadt a. d. O. an und verschleierte sich, nur Anhänger der Volkspartei sprechen zu lassen. Auch diese Versammlung wurde auf G. und des § 9 verboten, und Beschwerden blieben erfolglos. Ihnen, meine Herren vom Centrum, könnte es bald ebenso gehen. Herr Süder sagte neulich, die Konservativen wollten keine Ueberspannung des Eigenthumsbegriffes. Warum rathen Sie denn nicht Ihren Freunden, die 20 000 ja 100 000 Morgen Land haben, jedem ihrer Arbeiter 10 Morgen zu geben? Diese würden dieselben vor der sozialdemokratischen Agitation mehr schätzen, als alle Gesetze. Herr Süder meinte ferner, ein erleuchtetes Königthum gebe künftigen Anstich zu einer guten Sozialreform, als alle Demokratien, alle Republiken der Welt. Was hat es denn aber vollbracht? Durch das Krankenversicherungsgesetz sind in Süddeutschland nur eingerichtete Krankenversicherungen zerstört worden; das Unfallgesetz soll sich erst noch bewähren. Was aber hat gegen diese Kleinigkeiten die Demokratie zur Verhöhnung von Sklavenketten getan! Ich erinnere nur an die französische Revolution, an die Befreiung der Negersklaven in Nordamerika. Die französische Nationalversammlung brach die Leibeigenschaft und die Erblichkeit und stiftete die hohe Parole der Demokratie fest in den drei Worten Freiheit, Gleichheit, Brüderliebe, welche mehr Religion enthalten, als Herrn Süder's ganze Lehre. In Südamerika hörte ich wohl ein Duzend Geistes, darunter auch einen deutschen lutherischen Pastor, die Negersklaverei als eine von Gott eingesetzte Institution pfeifen. Ich war in Amerika, als der edle Demokrat Brown gehängt wurde, weil er für die Negerbefreiung eingetreten war. Aus dem Blute dieses Märtyrers der Freiheit sind dann aber die Bataillone entstanden, welche die Sklaven befreit haben; und in den ersten Reihen kämpften deutsche Demokraten, die von den deutschen Fürsten in das Exil getrieben waren und mit ihrem Blute die Schmach abwuschen, mit welcher deutsche Fürsten den deutschen Namen bedeckt hatten, als sie ihre Vöndensklinder wie Sklaven an die Engländer veräußerten, um die Freiheit in Amerika zu bekämpfen. (Unruhe und wiederholte Unterbrechungen rechts.) Deute ist der schwarze Bruder in Amerika frei; das große Wort Johann Jacoby's: „Freiheit für Alles, was Menschenanlig trägt“ ist Wahrheit geworden. Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz wagt uns ferner, unsere sozialistischen Brüder von der Acht und Aberacht zu befreien, die das Sozialistengesetz über sie verhängt. Das Wort „Brüderliebe“ endlich lehrt uns, auch unsere israelitischen Mitbürger als Brüder anzusehen. Die Juden und die Sozialdemokraten haben auf französischen Schlachtfeldern für Deutschland gekämpft und ihr Blut vor mich gesieht mit dem der pommerischen und märkischen Junker. Darum gleiches Recht, wo gleiche Pflichten sind! Stimmen Sie gegen die Vorlage! (Beifall links.)

Abg. Kroeber: Die Vertreter der Volkspartei haben in der Kommission dieselbe Stellung zu den Windthorst'schen Anträgen wie die Deutschfreisinnigen eingenommen. Wir brachten weitere Anträge ein und haben dieselben nur deshalb nicht wiederholt, weil wir sie für aussichtslos halten mußten. Unser Partei-Programm schreibt uns vor, gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen; wir stimmen also auch gegen das Sozialistengesetz. Dasselbe ist übrigens vielfach gegen meine Partei angewendet worden. So wurden in München verschiedene Versammlungen, welche die Volkspartei einberufen hatte, verboten oder aufgelöst, ja bei den letzten Stichwahlen wurden generell alle Versammlungen der Volkspartei verboten. Noch ärger ging es in der bayrischen Rheinpfalz zu. Die Volkspartei wollte 1882 das 50jährige Jubiläum des Hambacher Festes von 1832 feiern. Eine Versammlung unter diesem Himmel wurde verboten; statt dessen meldete der Kollege Grebe eine Versammlung zu Neustadt a. d. O. an und verschleierte sich, nur Anhänger der Volkspartei sprechen zu lassen. Auch diese Versammlung wurde auf G. und des § 9 verboten, und Beschwerden blieben erfolglos. Ihnen, meine Herren vom Centrum, könnte es bald ebenso gehen. Herr Süder sagte neulich, die Konservativen wollten keine Ueberspannung des Eigenthumsbegriffes. Warum rathen Sie denn nicht Ihren Freunden, die 20 000 ja 100 000 Morgen Land haben, jedem ihrer Arbeiter 10 Morgen zu geben? Diese würden dieselben vor der sozialdemokratischen Agitation mehr schätzen, als alle Gesetze. Herr Süder meinte ferner, ein erleuchtetes Königthum gebe künftigen Anstich zu einer guten Sozialreform, als alle Demokratien, alle Republiken der Welt. Was hat es denn aber vollbracht? Durch das Krankenversicherungsgesetz sind in Süddeutschland nur eingerichtete Krankenversicherungen zerstört worden; das Unfallgesetz soll sich erst noch bewähren. Was aber hat gegen diese Kleinigkeiten die Demokratie zur Verhöhnung von Sklavenketten getan! Ich erinnere nur an die französische Revolution, an die Befreiung der Negersklaven in Nordamerika. Die französische Nationalversammlung brach die Leibeigenschaft und die Erblichkeit und stiftete die hohe Parole der Demokratie fest in den drei Worten Freiheit, Gleichheit, Brüderliebe, welche mehr Religion enthalten, als Herrn Süder's ganze Lehre. In Südamerika hörte ich wohl ein Duzend Geistes, darunter auch einen deutschen lutherischen Pastor, die Negersklaverei als eine von Gott eingesetzte Institution pfeifen. Ich war in Amerika, als der edle Demokrat Brown gehängt wurde, weil er für die Negerbefreiung eingetreten war. Aus dem Blute dieses Märtyrers der Freiheit sind dann aber die Bataillone entstanden, welche die Sklaven befreit haben; und in den ersten Reihen kämpften deutsche Demokraten, die von den deutschen Fürsten in das Exil getrieben waren und mit ihrem Blute die Schmach abwuschen, mit welcher deutsche Fürsten den deutschen Namen bedeckt hatten, als sie ihre Vöndensklinder wie Sklaven an die Engländer veräußerten, um die Freiheit in Amerika zu bekämpfen. (Unruhe und wiederholte Unterbrechungen rechts.) Deute ist der schwarze Bruder in Amerika frei; das große Wort Johann Jacoby's: „Freiheit für Alles, was Menschenanlig trägt“ ist Wahrheit geworden. Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz wagt uns ferner, unsere sozialistischen Brüder von der Acht und Aberacht zu befreien, die das Sozialistengesetz über sie verhängt. Das Wort „Brüderliebe“ endlich lehrt uns, auch unsere israelitischen Mitbürger als Brüder anzusehen. Die Juden und die Sozialdemokraten haben auf französischen Schlachtfeldern für Deutschland gekämpft und ihr Blut vor mich gesieht mit dem der pommerischen und märkischen Junker. Darum gleiches Recht, wo gleiche Pflichten sind! Stimmen Sie gegen die Vorlage! (Beifall links.)

Abg. Kroeber: Die Vertreter der Volkspartei haben in der Kommission dieselbe Stellung zu den Windthorst'schen Anträgen wie die Deutschfreisinnigen eingenommen. Wir brachten weitere Anträge ein und haben dieselben nur deshalb nicht wiederholt, weil wir sie für aussichtslos halten mußten. Unser Partei-Programm schreibt uns vor, gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen; wir stimmen also auch gegen das Sozialistengesetz. Dasselbe ist übrigens vielfach gegen meine Partei angewendet worden. So wurden in München verschiedene Versammlungen, welche die Volkspartei einberufen hatte, verboten oder aufgelöst, ja bei den letzten Stichwahlen wurden generell alle Versammlungen der Volkspartei verboten. Noch ärger ging es in der bayrischen Rheinpfalz zu. Die Volkspartei wollte 1882 das 50jährige Jubiläum des Hambacher Festes von 1832 feiern. Eine Versammlung unter diesem Himmel wurde verboten; statt dessen meldete der Kollege Grebe eine Versammlung zu Neustadt a. d. O. an und verschleierte sich, nur Anhänger der Volkspartei sprechen zu lassen. Auch diese Versammlung wurde auf G. und des § 9 verboten, und Beschwerden blieben erfolglos. Ihnen, meine Herren vom Centrum, könnte es bald ebenso gehen. Herr Süder sagte neulich, die Konservativen wollten keine Ueberspannung des Eigenthumsbegriffes. Warum rathen Sie denn nicht Ihren Freunden, die 20 000 ja 100 000 Morgen Land haben, jedem ihrer Arbeiter 10 Morgen zu geben? Diese würden dieselben vor der sozialdemokratischen Agitation mehr schätzen, als alle Gesetze. Herr Süder meinte ferner, ein erleuchtetes Königthum gebe künftigen Anstich zu einer guten Sozialreform, als alle Demokratien, alle Republiken der Welt. Was hat es denn aber vollbracht? Durch das Krankenversicherungsgesetz sind in Süddeutschland nur eingerichtete Krankenversicherungen zerstört worden; das Unfallgesetz soll sich erst noch bewähren. Was aber hat gegen diese Kleinigkeiten die Demokratie zur Verhöhnung von Sklavenketten getan! Ich erinnere nur an die französische Revolution, an die Befreiung der Negersklaven in Nordamerika. Die französische Nationalversammlung brach die Leibeigenschaft und die Erblichkeit und stiftete die hohe Parole der Demokratie fest in den drei Worten Freiheit, Gleichheit, Brüderliebe, welche mehr Religion enthalten, als Herrn Süder's ganze Lehre. In Südamerika hörte ich wohl ein Duzend Geistes, darunter auch einen deutschen lutherischen Pastor, die Negersklaverei als eine von Gott eingesetzte Institution pfeifen. Ich war in Amerika, als der edle Demokrat Brown gehängt wurde, weil er für die Negerbefreiung eingetreten war. Aus dem Blute dieses Märtyrers der Freiheit sind dann aber die Bataillone entstanden, welche die Sklaven befreit haben; und in den ersten Reihen kämpften deutsche Demokraten, die von den deutschen Fürsten in das Exil getrieben waren und mit ihrem Blute die Schmach abwuschen, mit welcher deutsche Fürsten den deutschen Namen bedeckt hatten, als sie ihre Vöndensklinder wie Sklaven an die Engländer veräußerten, um die Freiheit in Amerika zu bekämpfen. (Unruhe und wiederholte Unterbrechungen rechts.) Deute ist der schwarze Bruder in Amerika frei; das große Wort Johann Jacoby's: „Freiheit für Alles, was Menschenanlig trägt“ ist Wahrheit geworden. Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz wagt uns ferner, unsere sozialistischen Brüder von der Acht und Aberacht zu befreien, die das Sozialistengesetz über sie verhängt. Das Wort „Brüderliebe“ endlich lehrt uns, auch unsere israelitischen Mitbürger als Brüder anzusehen. Die Juden und die Sozialdemokraten haben auf französischen Schlachtfeldern für Deutschland gekämpft und ihr Blut vor mich gesieht mit dem der pommerischen und märkischen Junker. Darum gleiches Recht, wo gleiche Pflichten sind! Stimmen Sie gegen die Vorlage! (Beifall links.)

(Sehr richtig! rechts.) Wenn die Polizeidirektion das hindert, so scheint sie mir vollkommen in ihrem Rechte zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. Kalle: Der Abg. Bebel hat vorgestern geäußert, daß die Sozialdemokraten die Aufhebung der Ehe erstreben. Ich habe hier einige Beweise des Gegentheils. Am 27. Jan. 1876 hat Haselmann (Unruhe bei den Sozialdemokraten) hier gesagt, wenn die Charaktere der Eheleute nicht harmonirten, müsse die Ehe gelöst werden dürfen; die Frau brauche nicht aus Rücksicht auf ihre Kinder am Manne festzuhängen. Auch Most als damaliger Vertreter des Parteiprogramms hat wiederholt die kommunistische Erziehung der Kinder in großen öffentlichen Anstalten geordert, und Bebel selbst die Gleichberechtigung der Geschlechter. Marx, der wissenschaftliche Begründer Ihrer Lehre, sagt in einem kommunistischen Manifest, sein Ziel sei die Aufhebung der Familie, die Gemeinschaft der Weiber. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Rufe: Gelogen! Unwahr! Böslich jähren!) Das Programm von Marx deckt sich hiernach vollkommen mit dem Kommunismus, und man läßt sich, wenn man zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus eine weite Kluft vermutet. Marx sagt unter anderem ganz offen: „Die Erhebung der politischen Macht durch das Proletariat kann nur durch den gewaltsamen Sturz der jetzigen Gesellschaftsordnung geschehen. Die Herrschaft der Besitzenden muß gebrochen werden durch den Willen des Volkes, den man Revolution nennt. Mit Rosenwasser wird die Kapitalfrage auf keinen Fall gelöst.“ Meine Freunde und ich halten, da wir von diesen Umsturzbestrebungen der sozialdemokratischen Agitation überzeugt sind, und angesichts der gegenwärtigen Lage, vorläufig noch kräftige Repressivmaßnahmen gegenüber jenen gemeingefährlichen Bestrebungen für angebracht. Es giebt wohl unter den sozialdemokratischen Führern einige Naive, welche glauben, daß ihr Ideal sich auf gesetzlichem Wege erreichen läßt, aber, wenn der Sturm erst entpfeffelt ist, werden sie mitgerissen werden; und wenn sie sich zu widerlegen wagen, werden sie gleich nach uns die Opfer der besthörtten Massen. (Lebhafter Beifall der Nationaliberalen; Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bamberger: Die Aufmerksamkeit und Geduld des Hauses heute bei der dritten Lesung der Vorlage beweist, wie grundlos der Vorwurf ist, daß wir unsere Entscheidungen nicht mit der nötigen Gewissenhaftigkeit, sondern nur nach frohlockend beschleunigten und vorgefaßten Meinungen treffen. Die zweite Lesung stand unter dem Eindruck der wichtigen belgischen Ereignisse, und wenn diese heute noch wenigen Tagen schon eine ganz andere Prognose darbieten, so wird es doppelt wichtig sein, daß wir uns unbefangen und vorurtheilslos auch diesem bestimmenden Eindruck gegenüber zu erhalten suchen. Ich verleihe dem Herrn Minister nicht, daß er die belgischen Vorgänge in die Verhandlung zog; jeder hätte, wenn er an seiner Stelle gestanden, dasselbe getan. Er glaube, Belgien sei berufen, einen Kampf auszufechten nicht nur für die Existenz Belgiens, sondern für die europäische Kultur. Heute präsentirt sich aber nach allen Darstellungen die Sache nicht mehr so. Ich bin weit entfernt den Verlust an Menschenleben, an Vermögen und Wohlstand, der dem Aufstand zum Opfer gefallen ist, zu unterschätzen. Aber wenn wir die Sache nüchtern betrachten, so ist sie ihrer Offensivkraft nach nur eine großartige Arbeits-einstellung, wie sie auf industriellen Gebieten schon oft vorgekommen ist, nur mit dem charakteristischen Unterschiede, daß die Waffengewalt, welche nötig war, um die Erhebung niederzuwerfen, sich langsamer eingestellt hat, als es sonst zu geschehen pflegt (Heiterkeit rechts), und daß die Bewegung Dimensionen annahm, die sonst in Ländern mit wohl organisirter Waffengewalt nicht leicht vorkommen. Nichtsdestoweniger steht fest: die Zerstörung, der Vandalismus, der unzweifelhaft zu konstatiren war, hat nicht den Umfang erreicht, den sensationslüsternen Journalen ihm gegeben hatten. Nicht unabsehbare Reihen von Schlössern und Klöstern sind niedergebrannt, es ist nur ein Kloster angegriffen und wenige Schlösser zerstört worden (Heiterkeit rechts). Die Journale stellen die Sache so dar, als stünde ganz Belgien in Flammen, als sei das Land der Verberung preisgegeben; statt dessen hat die Zerstörung sich auf einzelne, allerdings sehr bedeutungsvolle Reviere beschränkt. Die Ursachen lagen in der industriellen Krise. Die Kohlenbergwerke hatten seit Jahren schlechte Geschäfte gemacht und deshalb die Löhne herabgesetzt. Darüber entstand Unzufriedenheit unter den Arbeitern der Kohlenreviere des Västischen Beckens, die bald auf die Glashütten von Charleroi überging. Derartige Empörungen sind nicht die Eigenthümlichkeit unserer Zeit; sie haben existirt, noch ehe von der Sozialdemokratie die Rede war. Ich habe Erkundigungen eingelesen, ob unter den Arbeitern an der belgischen Grenze, im Rheinland und in Westfalen, eine Aufregung, wie sie jetzt die belgischen Arbeiter durchwühlte, zu bemerken sei, und habe von Leuten, die zu diesem Zweck diese Gebiete durchzogen, die Antwort erhalten, daß dort absolute Ruhe herrsche, obgleich unter unseren deutschen Arbeitern die sozialistischen Ideen viel weiter verbreitet sind, als unter den belgischen. Die unglücklichen Menschen, die, nachdem sie die Glashütte von Baudouin und das Schloß in Brand gesetzt, selbst auf das Dach desselben gestiegen und dort in der Tollwuth oder in Trunkselbst mit verbrannt sind, das waren keine Leute, die sozialistische Projekte ins Werk setzen wollten. (Sehr richtig! links) das waren Menschen, die fortgerissen waren von der bestialischen Natur, die in dem rohen Menschen steht. Die Werra der Barricadenlämpfe, die seit zwei Jahrhunderten in das politische Völkchen der Nationen tief eingegriffen hat, ist meiner Ansicht nach vorüber. Seit der Niederwerfung des Junkelstaates in Paris 1848, seitdem die dreifache Nacht auf den Gedanken kam, daß man gegen Barricaden eine offene Feldschlacht liefern könne und müsse, sind die Charren der Barricadenprofessoren sehr wesentlich geschwunden. Rein Revolutionär kann sich noch mit der Aussicht auf Erfolg in großen Städten schmeicheln, viel eher ist die Gefahr auf das platte Land gezogen. Und gerade weil die Fabrikdörfer sich wesentlich auch auf das platte Land hinüberziehen, wo die bewaffnete Macht, wie wir das in Belgien sehen, nicht so schnell zur Stelle ist wie in den Städten, darum ist es mir besonders betrübend, daß eine gewisse Agitation, die unter dem Schein der gesetzlichen Betrachtung und Erwägung vor sich geht, bei uns sich immer mehr auf das platte Land zu werten sucht. Jene systematische Erregung von Unzufriedenheit des Landmanns mit seinem Schicksal, die seit einer Reihe von Jahren gewissermaßen zum Regierungsprogramm geworden ist, enthält eine viel größere Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, als jene städtischen Rassen, die man jetzt als die eigentlichen Heerde der revolutionären Gefährdung ansieht. Wenn ich früher die schreckhafte Entwicklung der Dinge in Deutschland in den düstersten Farben malte, so war es, weil ich dachte wegen der Zukunft des Vaterlandes; und wenn ich heute gegen das Gesetz stimme, so ist deshalb meine Befürchtung nicht ge-

ringer geworden, sondern größer. Denn was ich für das eigentlich gefährliche in der ganzen Sache halte, die Verdrehung der Ideen in den Köpfen der Menschen, das hat seitdem in enormem Maße zugenommen, und nicht am wenigsten in den Köpfen und Reden derer, die die Regierung dieses Landes führen. (Hört, hört! Sehr gut! links.) Sieht man freilich die Dinge so an, wie Herr v. Schliekmann, so wird die Sache zu einer reinen Polizeifrage; deswegen hat er auch dies Gesetz eigentlich als permanentes haben wollen. Er hielt dabei eine Leidenschaft auf die Pressefreiheit, die ein überwundener Standpunkt sei und woraus das Volk sich nichts mehr mache. Herr v. Schliekmann hat sich darüber standhaft, daß die Exzesse der Kommune vor den Barricaden der Rothhaubts nicht geblieben seien. Ich weiß nicht, warum man uns damit beabsichtigt sucht, daß man anfängt, die Sozialisten hätten vor den Barricaden jener Finanziers Dast gemacht, als ob diese unsere Parteigenossen wären. Uebrigens sind von der Pariser Kommune nicht bloß Bischöfe und Generale, sondern in der That auch Bankiers und Journalisten erschossen worden, z. B. ein Bankier Feder, der das mexikanische Anlehen kontrahirt hatte. Es muß doch nicht gerade ein jüdischer Bankier sein, der erschossen wird, damit die Herren befriedigt sind. (Heiterkeit links.) Man spielt jetzt überall mit der „Lösung der sozialen Frage“ und giebt sich vielfach dem Wahne hin, daß man mit Konzeptionen das Werk vollbringen kann, das man den „Weltbrand löschen“ nennt. Dieser Glaube beruht auf einer Täuschung; die soziale Monarchie, die uns Herr Süder gepredigt hat, ist nichts anderes, als der Sozialismus (sehr richtig! links); deshalb ist sie für Deutschland unanwendbar, und ich fürchte auch nie, daß ein König von Preußen jemals diese soziale Monarchie übernehmen könnte. Sie müssen endlich Farbe bekennen, ob Sie unter Lösung der sozialen Frage das verstehen, was die kommunistische Bewegung sich als ihr Programm gebildet hat, oder ob Sie Kranienlassen, Unfallversicherung oder die jetzt schon recht schwer dastehende Invalidenversorgung und dergleichen Altesoria meinen, die in den Augen der Sozialdemokratie nur Alimboria sind. (Sehr gut! links.) Also — keine Zweideutigkeit! — die „Lösung der sozialen Frage“, das ist die Lösung der sozialdemokratischen im kommunistischen Sinne. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine andere giebt es nicht; das andere sind Konzeptionen, mit denen Sie sich nur selbst ins Verderben hineinziehen. Jetzt sprechen die Herren von Individualismus mit Verachtung, nachdem sie die soziale Weisheit mit Köpfen gegessen haben; und sie sehen mit Verachtung auf uns herab, die wir noch an den alten schönen Vers, die Quintessenz aller sozialen Weisheit, glauben: „Einstweilen, bis den Lauf der Welt Philosophie zusammenhält, erhält sich das Getriebe durch Hunger und durch Liebe.“ Das ist das wahre Geheimniß der menschheitlichen Entwicklung; und Alles, was, wie der Reichskanzler mit Recht meinte, die Welt in ein Hochhaus umzuwandeln würde, würde durch den Staatssozialismus noch viel mehr geschehen, als durch den anarchischen Sozialismus; denn ersterer geht gegen die Natur der Menschheit überhaupt und besonders gegen die Natur der deutschen Menschheit. Die Frage, ob es dem Sozialistengesetz, die Bewegung einzudämmen, sie unschädlich zu machen, gelungen ist, verneine ich. Die sozialistischen Ideen haben sich seit seinem Bestehen in Deutschland ganz unermesslich ausgebreitet. Als es erlassen wurde, hatten wir 10 oder 11 Sozialisten im Reichstag, heut 25, eine Partei, die schon ganz respektabel mitzählt. Die Zunahme der sozialdemokratischen Wahlen beweist, daß dieses Gesetz diese Ideen nicht hemmt, sondern fördert, weil unter seiner Herrschaft die Unzufriedenheit zunehmen konnte, ohne daß man im Stande war, zu beweisen, wie wenig hier mit sozialdemokratischen Mitteln abgeholfen werden könnte. Ich rede mit den Herren von der Sozialdemokratie gar nicht darüber, wie weit sie sich zum Rechte der Revolution bekennen. Das Recht der Revolution wird in den unteren Schichten von Revolutionären wie in den oberen von Staatsmännern immer im stillen Herzen geübt. (Sehr richtig! links.) Bekanntlich sind stillos verweilt nur die Revolutionen, welche unterliegen; die, welche siegen, sind immer gute Thaten gewesen (sehr gut! links), nicht nach Auffassung des Weltgerichts, aber doch der Weltgeschichte. Indem wir den Kreis derer, die durch solche Geleite außerhalb des Gesetzes stehen, immer weiter ziehen, bedrohen wir unser Vaterland mit der größten Gefahr. Man hat so oft den Staat vor vorgemorenen, sie betonten erst die Rechte, aber nicht die Pflichten gegen den Staat. Auch wir sagen, daß, wo Rechte sind, auch Pflichten sind. Wir haben das Recht der Befreiung, der Freiheit, aber dasselbe hat auch seine Pflichten und diese führen dahin, daß man manche Unbequemlichkeit, manche Gefahr bestehen muß, um dieses größten Gutes, des Rechts und der Freiheit nicht verlustig zu gehen. Wir haben auf dem Boden der Freiheit den Kampf des Jahrhunderts aufzufechten, der nicht ein Kampf mit streifenden Arbeitern, sondern ein Kampf mit Ideen ist, der nur durch Ideen, ich will nicht sagen befreit, aber doch gelöst werden kann. (Lebhafter Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter Minister v. Püttamer: Ich kann mir vollkommen denken, daß der Herr Abg. Bamberger das lebhafteste Bedürfnis fühlt, sein diesmal negatives gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes gerichtetes Votum vor dem Hause zu motiviren, denn er hat nicht etwa zu den bloßen Befürwortern des Gesetzes von 1878 gehört, sondern er war einer der ersten Auser im Streit, und es war deshalb für ihn gewiß eine sehr schwierige Aufgabe, jetzt das entgegengesetzte Votum zu motiviren. 1878 konnte Herr Bamberger die Dinge gar nicht schwarz genug ansehen. Ja, er ging in sein Exil so weit, daß er einfach das Dilemma stellte: entweder die Gesellschaft muß untergeben oder sie muß sich durch Zwangsgesetze schützen (Hört! hört! rechts.) Deute hat er sogar mit einer gewissen wohlwollenden Nachsicht von den Theorien der Herren Sozialdemokraten über den Fürstenmord gesprochen und den belgischen Ereignissen eine ganz untergeordnete Bedeutung beigelegt. Herr Bamberger will nicht bloß Blut sehen, sondern ein ganzes gefürchtetes Land (Unruhe links), bevor er sich dazu entschließen kann, auch nur eine Gefahr in diesen Dingen zu erblicken. (Zustimmung rechts.) Es wären bei jener Bewegung wohl auch ein paar Sozialdemokraten dabei gewesen, aber im Großen und Ganzen sei es ein Akt der Bestialität gewesen. Ich bestreite ganz und gar, daß zwischen dem Sozialismus, den dieses Gesetz bekämpft, und jenen Ideen, aus welchen die Bewegung entsprang, ein Unterschied besteht. Hier handelt es sich darum, ob die Volksmassen der Agitation der Verfänger zu entziehen, also das „Fortwuchern“ der sozialistischen Tendenzen zu verhindern, die Frucht und der Erfolg dieses Gesetzes sein kann, wie es früher Herr Bamberger mit großer Emphase behauptet hat. Er hat heute auch nicht eine einzige Thatfache beigebracht, die diese kolossale Veränderung in seiner Stellung irgendetwas zu rechtfertigen geeignet war. In einem Punkte ist Herr Bamberger mit seinem Fraktionsgenossen Hänel nicht in Uebereinstimmung. Herr Hänel hielt die freie Diskussion für hin-

reichend, um die Sozialdemokratie innerlich wie äußerlich niederzuwerfen. Herr Bamberger aber bestritt, daß das Verbot von Versammlungen und Schriften geeignet sei, den Volksgedanken zu mächtig, daß es zu solchen Ausbrüchen nicht kommen könne. Eine andere Seite des Optimismus des Herrn Bamberger besteht darin, daß er meinte, die Zeit der Parolen sei jetzt vorbei. Das ist in einem gewissen Grade richtig. Ich bin nicht so schwermüdig wie der Abg. Bamberger (große Heiterkeit rechts), der die Sache aus seiner Jugend her vielleicht noch in Erinnerung hat. (Sehr gut! rechts.) Wenn die Paroladenära vorbei ist, so haben wir das der Stärke der Regierungen zu danken. Aber die Bestrebungen selbst sind heute noch gerade so vorhanden wie früher. Die Leute wagen nur nicht, damit hervorzutreten, weil sie wissen, daß sie eine niederschmetternde Energie des Widerstandes finden würden. Wir haben übrigens den Provinzialbehörden den strengen Befehl gegeben, bei dem leinsten Hauch einer Unruhe sofort mit den nach Umständen Mitteln einzuschreiten. (Beifall.) Die überwiegende Mehrheit der deutschen Nation steht in diesem Besetze ein wirksames Schutzmittel gegen die Gefahren, welche Herr Bamberger jetzt offenbar in kolossalem Maße unterschätzt. Ich kann mir nicht helfen, aber ich finde, daß ihm die Motivation des Rücktritts von seinem früheren Standpunkte vollkommen mißlungen ist. Was er gesagt, spricht gegen ihn und für die Vorlage, die ich bitte auch in dritter Lesung anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff: Herr Bamberger instruiert uns, daß wir nicht von dem Ernst der Sache überzeugt, sondern aus Wahlabsichten oder gewissen oberflächlichen Rücksichten für die soziale Gesetzgebung eingetreten wären. (Widerpruch des Abg. Bamberger.) Die Herren von der freisinnigen Partei sind ja in einer sehr angenehmen Lage. Sie können hindretend und sagen, wir haben gegen dieses freiheitswidrige Gesetz gestimmt, wir sind die wahren Freunde des Volks. Dadurch können sie die Stimmen der Sozialdemokraten bei den nächsten Wahlen einheimen. Dabei bin ich aber der festen Ueberzeugung, daß ein großer Teil von Ihnen sehr froh ist, daß das Sozialistengesetz angenommen wird. (Verbasserte Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Ich glaube ja, daß einige von Ihnen von jeder Ueberzeugung gewesen sind, daß das Sozialistengesetz nicht gegeben werden dürfte. Aber ein Teil von Ihnen denkt anders, und die frühere Abstimmung giebt das Recht, Ihnen das zu sagen. Daß das Gesetz den sozialistischen Ideen Eintrag thut, glaube ich auch nicht, aber es verhindert gewaltige Ausbrüche. Welchen Einfluß müssen die Worte Bedels auf das Gemüth des schlichten Arbeiters machen. Man muß nicht daran denken, welchen Eindruck Ihre Worte hier im Saale machen, sondern im Lande. Nun nehmen Sie (zum Abg. Bedel gewendet) sich in Acht, bei uns von russischen Zuständen zu sprechen, sonst fallen die Folgen auf Sie zurück! (Sehr gut! rechts.) Sie halten sich ja immer den Rücken offen. Die Pariser Kommune könnte ja von agents provocateurs inszenirt sein. Wuch das Niederwaldattentat? Auch die Ermordung Kumpffs? Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn Sie einmal aus Ruder lämen, Sie mit derselben „Wildschheit“ die Köpfe wüßten springen lassen, wie die Jakobiner und die Pariser Kommune, die Herr Bedel so sehr verherrlicht hat. Das, was die Arbeiter in Belgien verlangen, allgemeines Stimmrecht, allgemeine Wehrpflicht, obligatorischen Schulunterricht und Arbeiterschutzgesetz, das haben unsere deutschen Arbeiter bereits. Ich denke allerdings mit Herrn Bamberger, daß deutsche Volk hat für die soziale Frage ein höheres Interesse, als jedes andere, deshalb werden Sie wohl auch erkennen, daß die soziale Frage im Interesse des Arbeiters nur durch das Königthum gelöst werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Folgen Sie lieber Bassalle, der das soziale Königthum anstrebt, nicht aber die soziale Republik. (Widerpruch links und bei den Sozialdemokraten. Abgeordneter Bedel ruft: „Lesen Sie doch seine Briefe an Koberster!“) Dem von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Wunsche gegenüber, nach und nach durch das Gesetz vielleicht auf den Boden des gemeinen Rechts zu gelangen, selbst auf Kosten einer Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts und einer Beschränkung der Pressefreiheit, erwidere ich: ja, wenn wir hier eine Majorität dafür bekommen können, warum nicht? Aber sie wird nie dafür zu bekommen sein, weil sich die Parteien — auch die Konserwativen — sagen werden, daß sie selbst darunter leiden würden. Die Schwereigkeit der Lösung liegt eben darin, daß die ganze gegenwärtige wirtschaftliche Nothlage sehr wesentlich mitspricht und diese ist allein verhängnisvoll und zu so unheilvoller Höhe getrieben durch die Entwertung des Silbers. (Gelächter links; große andauernde Heiterkeit rechts und links.) Ja wohl, Schuld an der Noth. Sie ist doch herbeigeführt durch den ungeheuren Preisdruck. Wenn ich denselben durch Einführung der Silberwährung auflöbe, so wäre es doch erwiesen, daß die Nichterfüllung derselben die Hauptschuld an der Misere trägt. (Schallendes Gelächter; Rufe links: „Wenn! Ja wenn!“) Ja wohl sehr wohl, daß noch die verschiedensten Faktoren mitwirken, aber weshalb ist denn solche wirtschaftliche Noth seit Jahrhunderten nicht eingetreten? Weil früher Doppelwährung bestand. In der einen Wagschale lag die ganze Summa der anderen Gründe, in der anderen hielt die Doppelwährung, welche die Entwertung verhinderte, jenen das Gleichgewicht. (Heiterkeit.) Jetzt haben Sie den Inhalt der zweiten Schale der ersten nach hinzugefügt, mußte da nicht diese ungehörige Wirkung entstehen? (Auf links: „Ausgezeichnete Beweisführung!“ Gelächter.) Somit die verbliebenen Regierungen erklären: Wir sind bereit, das Silber wieder auszumünzen, werden Sie die Hebung aller Preise sehen. (Auf links: „Na! Na!“ Gelächter.) Nach den Reden des Herrn Abg. Bedel wird es wohl nur noch Wenige geben, welche von der Nothwendigkeit des Sozialistengesetzes nicht überzeugt sind; ich bedauere, daß die freisinnige Partei sich nicht hat überzeugen lassen. (Beizehntes Bravo rechts.)

Abg. Vieblinck: Der bayerische Herr Bevollmächtigte zum Bundesrathe hat uns in seiner Rede eine ganz ausgezeichnete Waffe gegen das Gesetz in die Hand gegeben, indem er sagte, die Bestimmungen, deren Verherrlichung das Hambacher Fest im Jahre 1832 gelten sollte, seien gerade solche gewesen, die das Sozialistengesetz verbiete. Da sieht man ja ganz klar ausgedrückt, daß sich das letztere gegen jede Opposition überhaupt richtet, denn das Fest galt dem bürgerlichen Liberalismus jener Zeit. Der Abg. Frhr. v. Hertling stellte neulich dieselbe Forderung, indem er sich gegen uns, als die atheistische Partei, wandte. Der Atheismus ist dem Freimaurerthum und modernen Liberalismus entsprungen, somit mußte sich nach seiner Schlussfolgerung das Sozialistengesetz auf alle Parteien links, von uns bis in die Reihen der Nationalliberalen hinein, erstrecken. Was die Angriffe des Herrn Abg. Kalle gegen uns angeht, so hat er seine Weisheit aus demselben Buche geschöpft, wie der Herr Minister v. Puttkamer; er ist auf den postoralen Beim des Pastors Schuster gegangen, der in einem Buche allerhand Sätze aus sozialistischen Schriften herausgerissen, in Gänsefüßen gesetzt und mit diesen herumargumentirt hat. Was er dann heraus beweist, geht er als sozialistische Lehren aus. Bezüglich der Stellung der Frauen hat Bedel mir gesagt: „Die Frau soll gleichberechtigt sein.“ In dem kommunistischen Manifest von Karl Marx soll der Satz von der Gemeinschaft der Weiber ausgesprochen sein. Das Gegentheil ist der Fall. Das ist ein solcher herausbewiesener Satz des Pastors Schuster. Im März heißt es aber: „Der Bourgeois steht in der Frau ein Produktionsinstrument, und da er von der Gemeinschaftlichkeit der Produktion hört, so meint er, auch die Weibergemeinschaft solle eingeführt werden; er ahnt nicht, daß es sich gerade darum handelt, die Stellung der Weiber als Produktionsinstrument aufzuheben; es versteht sich von selbst, daß mit der Aufhebung der jetzigen Produktion auch die aus ihr hervorgehende Weibergemeinschaft, die offizielle und nicht offizielle verschwindet.“

Also gerade das Gegentheil. (Hört! hört! links und bei den Sozialdemokraten.) Die Frauen sind in demselben Moment, wo kommunistische Verhältnisse eintreten, nicht mehr genöthigt, sich zu verkaufen, weil sie mit den Männern gleichberechtigt sind.“ Wir sprechen auch gar nicht von Abschaffung des Privateigentums, sondern sagen: „Die Diebe, welche den eigentlichen Eigenthümer, der das Eigentum durch seine Arbeit erwirbt, dem Arbeiter, das ihm Gehörige nehmen, sollen es herausgeben.“ Das heißt doch gerade das Eigentum wiederherstellen. (Lachen rechts.) Ich soll nun zu den Feinden des Parlamentarismus gehören. Das ist nicht richtig. Sobald der Volkswille im Parlamente voll und ganz zum Ausdruck kommt, bin ich ein überzeugter Anhänger des Parlamentarismus, aber nicht, so lange eine durch Beeinflussungen aller Art gefälschte Vertretung besteht. Mit einer solchen kann ich mir eine friedliche Lösung der sozialen Frage nicht denken. Hätten wir Männer an der Spitze, welche die soziale Frage begreifen, denn wäre die Lösung sozialdemokratisch, sie ist aber nicht möglich, wenn Sozialisten und Sozialdemokraten mundtot gemacht werden, wenn wir Staatsmänner an der Spitze haben, welche die einfachste Forderung der Sozialdemokratie nicht verstehen und welche sagen, sie habe kein Programm als den Fürstenmord. Dann hört für mich die Möglichkeit des Glaubens auf, daß bei solchem Unverständnis eine friedliche Lösung möglich sei. In der zweiten Beratung des Gesetzes sind uns zwei Gründe vorgeführt worden, die als triftige Ausreden werden können, alles übrige waren hundertmal gebaute Gemeinplätze; diese beiden Momente sind die belgische Revolte und eine erst in derselben zweiten Lesung von Bedel ausgesprochene Bemerkung. Als am 8. Februar das erste belgische Telegramm über die Londoner Unruhen hier ankam, da meinten wir, daß wir in das Reich der Verlängerung des Ausnahmegesetzes getreten waren; „England steht am Vorabend einer großen, verhängnisvollen Revolution!“ so verkündete dem nichts ahnenden Berliner Bürger Wolffs telegraphisches Bureau. Ich schrieb sofort nach London, erhalte die Londoner Zeitungen, finde aber keine Spur von Aufregung darin. In einem Meeting, welches die englischen Schutzsoldaten, die sich verhämt die Anhänger des fair trade nennen, veranstaltet hatten, waren von einigen Sozialdemokraten Reden gehalten, und darnach war ein Mob, der sehr viel weniger Beziehungen zu den Sozialdemokraten als zu den Veranlassern des Meetings hatte, zu den bekannten Ausschreitungen übergegangen. (Zwischenrufe rechts.) Herr Gindman hat dasjenige gethan, was man von jeder gewisser Seite auch uns gar zu gern thun sähe; er hat eingekandernommen von den Lorien, den englischen Konserwativen Geld genommen. Da sehen Sie, weß, Geistes Kind dieser Aufstände gewesen ist. Wenn nun auch noch in einigen deutschen Blättern, wie dem „Leipziger Tageblatt“, stößt weiter gelogen wurde, so schließt doch die Sache allmählig ein. Da kam das erste Telegramm aus Belgien: „Im Anschluß an eine Feiern des Kommuneraufstandes u. s. w.“ Mit der Kommune hat der Aufstand ebenso wenig wie etwa Herr v. Puttkamer mit dem Aufstand zu thun; der belgische Arbeiterwut ist völlig losgelöst gewesen von jeder politischen Demonstration, wie Herr Bamberger vorhin ausführlich dargelegt hat, er war völlig spontan. In der ganzen offiziösen Presse bis herunter zu der nationalliberalen aber hieß es: In London haben wir vor einem Monat diese Unruhen gehabt, jetzt in Belgien, wie lange wird es dauern, dann schlägt das Feuer des Aufstandes auch nach Deutschland herüber; ach, wie gut ist es doch, daß wir das Sozialistengesetz haben! Als wir das hörten, kannten wir die Rede, die uns Herr v. Puttkamer gehalten hat, schon auswendig. Belgien ist in doppelter Beziehung ein Ruferland, es ist das Ruferland des Materialismus und der Bourgeoisie, des reinen Manchesterthums. Was diese beiden in Bezug auf die Ausbeutung und Verdummung der Massen haben leisten können, ist in Belgien zu Tage getreten. Es ist ein Glück für Herrn v. Puttkamer, daß er seine Abstimmung bereits in der Tasche hat; hätte man mit der zweiten Lesung noch drei Tage gewartet, so würde der rothe Popanz aus Belgien seinen Eindruck auf den Reichstag verheißt haben. 2/3 aller Berichte sind ja gelogen; und das zehnte Heftel ist einsteckt. Jetzt wird auf der ganzen Linie widerrufen. Sie werden doch einen Minister Ihrer eigenen Partei nicht desavouiren wollen, der in Charleroi die Uebertreibungen der Journale jurüderwiesen hat. Die Zustände, wie sie in Belgien und Nordfrankreich bestehen, müssen natürlich zu Ausbrüchen der menschlichen Bestialität führen. Die Schilderung, die Jola im „Germinal“ entwirft, ist nichts als ein getreues Abbild der tatsächlichen Zustände. Gerade in Belgien müßte die Entmenschung und Verberberung der Arbeiterbevölkerung zu solchen Krawallen führen. Wo sozialistische Organisation besteht, sind keine Streiks, sind keine Revolten vor gekommen, das wird jetzt von allen Zeitungen zugestanden. Weshalb soll nicht in die ausländischen Distrikte irgend ein beliebiger Thring-Rohlow sich begeben haben, um mitzuarbeiten. (Unruhe rechts.) Damit will ich keineswegs die Regierung angehen, denn die bedarf ja solcher Mittel nicht; aber sollte nicht irgend ein solcher agent provocateur auf eigene Faust hingegangen sein. Sicher ist es doch, daß seitens der Regierung Deute dahin geschickt worden sind, um Bericht zu erstatten. Und ich lege meinen Kopf zum Pfande, daß auf Grund solcher Berichte solcher Agenten die Schauerwägen in die Presse und hier an den Reichstag gelangt sind. (Wiederholte Unruhe rechts.) Ich will nur beläufig darauf verweisen, was Fürst Bismard seiner Zeit über diese Geheimagenten und Spigeli in seinen Briefen niedergelegt hat. Was nun Bedels Aeußerung betrifft, so muß es doch mit einer Sache sehr schlecht bestellt sein, und die Vertreter der Regierung müssen sich in äußerster Verlegenheit befinden haben, wenn sie sich an ein paar Worte eines Redners trampfhaft anklammern. Wir kennen die Geschichte so wenig, daß er nicht zugeben wollte, daß das russische System notwendig den Nihilismus erzeugt hat. Ein russischer Adliger, der bei Ermordung des Kaisers Paul zugegen war, sprach es dem französischen General Custine gegenüber ruhig aus: „Solche Greuelthaten gehören gewissermaßen zu unserer Verfassung, in Rußland herrscht le despotisme moderé par l'assassinat.“ Doch ein Land, wo die Fürsten nicht pflegen eines natürlichen Todes zu sterben, wo Niemand vor den Richter gestellt zu werden braucht, sondern einfach nach Sibirien verschickt wird und für die Welt verloren ist, entsprechend gewaltthätige Reaktionen erfahren muß, ist natürlich. Der Absolutismus ist bankrott geworden, er hat mit dem Nihilismus nicht fertig werden können; die Macht des letzteren ist nur vorhanden durch die ins Gegentheil umgeschlagene Omnipotenz des persönlichen Regiments. An diese geschichtliche Wahrheit knüpft Bedel, provoziert durch einen Zwischenruf von rechts, die Aeußerung, daß, wenn auch bei uns ähnliche Zustände der Herrschaft kämen, er selbst dazu rathen und helfen würde, dagegen anzugehen. Diese Zustände sind ja bei uns nicht und ich füge hinzu, sie können nicht sein. Russische Zustände einführen, heißt das allgemeine Wahlrecht beseitigen, die Einzellandtage beseitigen, jede öffentliche Meinungsäußerung unterdrücken durch drakonische Strafen; das kann in Deutschland nur geschehen durch ein Verbrechen, durch Hochverrath und Staatsstreich. — Und wenn es Verbrechen geübt werden sollte, Deutschland zu solchen russischen Zuständen herabzuwürdigen — aber das Wort russisch nicht verdreht — dann wird an Jeden, der sein Vaterland liebt, allerdings die Frage heranreten, ob es nicht möglich sei, solchem System mit den Waffen zu antworten, mit denen es selbst kämpft. Ist denn die aristokratische Partei so mächtig gewesen in der Anwendung von Gewalt? Und hat das Zentrum etwa die Schriften der Jesuiten vergessen, in denen der Tyrannenmord von sehr guten Katholiken gepriesen

wird? Ist nicht der Mordversuch von Staps auf Napoleon in jedem preussischen Geschichtsbuch als die That eines Patrioten patriotisch geschildert? Sie führen russische Zustände nicht herbei, mögen Sie noch so viel am allgemeinen Wahlrecht herumhobeln! Das deutsche Volk ist viel zu weit entwickelt; zu russischen Zuständen gehört ein russisches Volk oder vielmehr die Abwesenheit jedes Volkes. Die Nationalliberalen glauben, daß Fürst Bismard auf seinen Schultern die Geschichte Deutschlands trägt und deshalb verherlichen sie ihn. Glaubten wir an diese Omnipotenz des Fürsten Bismard, dann könnte leicht einem Heißsporn der Gedanke kommen, daß ein Systemwechsel zu erreichen sei, wenn dieser eine Mann hinweggeräumt wäre. Das wäre nach deren Anschauungen einfach logisch; nach unserer ist es einfach albern. Wir sehen den Fürsten Bismard nicht als den Schöpfer, sondern als das Geschöpf der Geschichte Deutschlands an. Wäre er nicht gewesen, so hätte ein beliebiger anderer Hinz oder Kunz dasselbe gemacht. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Ein Sozialdemokrat, der zum politischen Morde greift, tritt damit außerhalb des ganzen Rahmens von einer Parteianschauungen; solche Gewaltthaten sind gerade den herrschenden Gewalten angenehm. Wir wissen sehr wohl, wie man 1878 die Attentate für das in eine Sadgasse getretene System Bismard, um es wieder stutzig zu machen, ausgedeutet hat. Ohne das damals künstlich erzeugte Bitterfeind hätte kein Reichstag die wirtschaftliche Umkehr gutgeheißen. Darum werden wir immer thöricht genug sein, das Spiel unserer Feinde zu spielen. Vor drei Monaten hat ein sehr hochgestellter Beamter, der ein bißchen hinter die Kulissen blicken kann — Sie haben Ihre polizeilichen Beziehungen in unseren Kreisen, wir haben sie auch in den übrigen — gesagt, die Konjunktur zur Aufhebung des Gesetzes sei günstig, wenn nichts Unvorhergesehenes geschähe. Wir sagten diesen Auspruch als eine Warnung auf, daß jetzt playende Dynamitbomben von unendlichem Werth für diejenigen sein müßten, die die Verlängerung des Gesetzes wünschten. Wir kannten damals den Fall Rawlow Spring noch nicht. Die Sozialdemokratie habe kein Programm, sagte der Reichskanzler. Dabei hat er 1878 von der Verwirklichung der berechtigten Forderungen des sozialistischen Programms gesprochen. Unser Gothaer Programm, ich behaupte es mit Stolz, ist so umfassend wie das keiner anderen politischen Partei. Was für ein Programm hat Fürst Bismard? (Auf bei den Sozialdemokraten: Staatsstreich!) Bis vor zehn Jahren war er Freihändler unter Delbrück's Führung. Jetzt ist er Schutzsoldat, Bimetallist und Agrarier unter der Führung v. Kardorff (Heiterkeit links), zuweilen auch noch rein monarchistisch, wie in der Frage der Sonntagsruhe. Er will ein sozialer Reformist sein, und hält das Sozialistengesetz aufrecht, das jede Sozialreform verhindert. Sein Programm ist einfach: ordre — contrordre — désordre. (Unruhe rechts.) Was ist die heutige Wirkthätigkeit in der deutschen Reichs andere als désordre? Der heutige Staat ist kein soziales Königthum, er ist ein Klassenstaat in nackter Gestalt. Fürst Bismard ist kein Staatssozialist, wir sind die Staatssozialisten! Er ist ein Staatsmann der alten Schule. Um die heutigen Zustände ohne gewaltthätige Revolution zu verbessern, dazu brauchen wir einen Staatsmann, der die soziale Frage studirt hat. Für uns ist das Sozialistengesetz der eiserne Keil, der uns fest zusammenhält. Aber nicht dadurch werden wir das Gesetz los, daß wir uns unter das Gesetz ducken; nein, es muß Folgen tragen, die seinen Uebemern unangenehm sind (Unruhe rechts, Rufe: Dynamit!), dann werden wir es los werden. Revolutionen werden nicht gemacht, wir stehen mitten drin in den Revolutionen, wie Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Spaniens Geschichte der letzten 20 Jahre demüthigt; und so wird, was heute befehlt, nach 20 Jahren nicht mehr bestehen; der Umgestaltungsprozeß geht unaufhaltsam fort. Thun Sie Ihr Schlimmstes, es wird zu unserem Besten geziehen, und je toller Sie es treiben, desto rascher geht es mit Jönen zu Ende; der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht! (Verbasserte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Bamberger erklärt, daß er bereits vor zwei Jahren gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt und seine Abstimmung ausführlich motivirt habe. Er wolle das Haus mit einer nochmaligen Vorführung seiner Gründe nicht behelligen. Wenn Herr v. Puttkamer seiner Rede einen optimistischen Charakter zugeschrieben habe, so sei dies das Gegentheil der Wirklichkeit.

Abg. Bedel: Wenn die Herren v. Kardorff und v. Puttkamer auf Grund meiner Dienstag-Rede Unterstellungen gemacht, die ich schon zurückgewiesen, so ist nur zweierlei möglich: entweder ihr Verstand ist nicht groß genug, um meine Aeußerung begreifen zu können, oder ihre Ehrlichkeit nicht groß genug, um sie begreifen zu wollen.

Abg. Hanel befreit, daß zwischen ihm und Bamberger ein Unterschied in der Auffassung der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie bestehe. Er habe nur behauptet, daß man den sozialistischen Tendenzen gegenüber mit der Diskussionsfreiheit auskomme. Ausschreitungen gegenüber, wie sie in Belgien vorgekommen, genüge dies alle allerdings nicht.

Abg. Penzmann konstirt, daß er wie in der zweiten auch in der dritten Lesung nicht zum Wort gekommen sei. (Beifall rechts.) Es triumphire auch heute das Unrecht wie vor zwei Jahren. Auch die Abg. v. d. Decken und Meyer (Jena) erklären, daß ihnen das Wort abgeknitten sei.

In der Spezialdiskussion demerkt Abg. Tschö, daß die 50 jährige Jubelfeier des Hambacher Festes deshalb verboten sei, weil die Polizei befürchtete, das Fest werde in Folge des Zuguges aus Mannheim, Rains und Frankfurt einen sozialistischen Charakter annehmen. Die Tendenzen des Hambacher Festes würden nicht unter das Sozialistengesetz fallen. Das Fest entsprang lediglich der Sehnsucht nach der Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes. Die 50 jährige Gedächtnisfeier sollte nur daran erinnern, daß die Einheit zwar erungen, die Freiheit aber noch zu erringen ist. (Beifall.)

In namentlicher Abstimmung wird die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf 2 Jahre mit 160 gegen 137 Stimmen angenommen; vier Abgeordnete (Bachus, Höp, v. Olenbushen, Graf Chamars und Haanen) enthalten sich der Abstimmung. (In zweiter Lesung erfolgte die Annahme des Gesetzes mit 173 gegen 146 Stimmen.) Mit „Ja“ stimmen die Konserwativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, ein Teil desentrums, sowie die Abg. Horn v. Bulach, Pertran und Graf Hode. — Mit „Nein“ stimmen die Freisinnigen, die Sozialdemokraten, Polen, die meisten Welfen und vom Zentrum die Abgeordneten Bender, Diehl, Bock (Machen), v. Buol, v. Dalwigk, v. Fürst, Graf v. Galen, Gien, Gleisner, v. Gisingen, v. Heereman, Hise, Horn, Krieger, Knoch, Petzold, Lieber, Vingsen, Wrensen, Koller, Mousfang, Müller (Bamberg), Müller (Hies), Orterer, v. Papius, Berger, Porck, Rade, Köckerath, Kof, Rudolph, Senefrey, Spahn, Stöbel, v. Strombeck, Zimmermann, Trimbom, Uy, Windthorst.

Als beim Namensaufruf des Abgeordneten Bets — dessen Wahl bekanntlich nach dem Antrage der Kommission für ungültig erklärt werden soll — derselbe mit Ja antwortete, kam aus den Reihen der Sozialdemokraten der Ruf: Pfui! moran sich eine lebhaft Auseinandersetzung zwischen Bets und einigen Sozialdemokraten knüpfte.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Zuckersteuer, Wahlprüfungen.)

Tokales.

Zur Geschichte der Märztage des Jahres 1848 veröffentlicht die „Baseler Nachrichten“ einen Beitrag des verstorbenen Solothurner Landammanns Wigler, der an den Kämpfen in Berlin theilgenommen. Die interessante Schilderung eröffnet am Schluss die Frage: „Wer hat die Berliner Revolution geleitet? Wer war der Generalführer? Wer waren die Führer?“ Herr Wigler schreibt: Bismarck ist die Idee ausgesprochen worden, es hätte ein geheimes Komite existirt, welches das Ganze dirigirt habe. Das ist ganz unrichtig. Die Revolution war eine improvisirte, hervorgerufen durch die rohen Gewaltthaten des Militärs. Jeder nahm den Posten ein, an den ihn der Zufall stellte. Kommandant einer Barrikade wurde, wer sich dazu hervorthat. Planlos wurden die Barrikaden gebaut; planlos wurde gefochten. Wie war es aber möglich, daß diese unbewaffneten, unorganisirten Massen dem wohlgeübten preussischen Heere gegenüber Stand halten konnten, einer Militärmacht gegenüber, die in der Stadt einzig 20 000 Mann zählte und die von den umliegenden Garnisonen noch verstärkt werden konnte. Der Grund sind zwei: erstens die heldenmüthige Aufopferung der Arbeiter und sodann die Wuth der gesammten Bevölkerung gegen die rohe Militärmacht, welche Erbitterung bewirkte, daß alles wenn auch nicht direkt im Barrikadenkampf, so doch helfend und unterstützend mitwirkte. Kaufleute öffneten ihre Magazine, Frauen und Mädchen brachten aus jedem Hause Speise und Trank. Die Soldaten dagegen waren seit mehreren Tagen und Nächten nicht mehr aus der Uniform gekommen, jeden Abend mußten sie ausrücken. Seit 18 Stunden standen sie unter Waffen. Speise und Trank wurde ihnen nirgends verabfolgt. Durch die Barrikaden waren sie von ihren Verproviantirungsorten abgeschnitten. Sie waren zum Tode ermmattet. — In der totalen Ermattung der Soldaten, in ihrer Desprimirtbeit und Entmuthigung erklärt Herr Wigler die Ursache des Vollsieges gegen eine Armee von 20 000 Mann.

Den folgenden boshaften Aprilscherz, dem die „Germania“ mit Behagen ihre Spalten öffnet, leisten sich die von einem „katholischen Schriftsteller“ herausgegebenen „unpolitischen Beilagen“. Am 1. April ist bekanntlich der Geburtstag des Fürsten Bismarck. Wenn die dahin kein Wunder geschieht, so giebt es an jenem Tage ein „nationales Unglück“. Nämlich die 101 Kiebitze, welche die „Getreuen von Jever“ alle Jahre fangen, werden diesmal nicht rechtzeitig vorhanden sein. Schlimm, sehr schlimm! Stöcherem Vernehmen nach ist unter dem Vorstuh des Herrn v. Cyprien schon eine freie nationale Kommission zusammengetreten zur gründlichen Beratung der Frage, wie der Wiederkehr einer solchen, das Wohl des Reiches gefährdenden und die Loyalität untergrabenden Kalamität vorgebeugt werden könne. Es ist ein Strafverfahren gegen „Unbekannt“ eröffnet, und zahlreiche Kiebitze sind unter Androhung von Beugnißzwang vernommen worden. Die Vermuthung, daß die Eierleger von den „Polen, Welsen oder Franzosen“ zur fröhlichen Arbeitsleistung veranlaßt seien, hat sich nicht bestätigt; die Kiebitze erklären einfach, daß sie bei so schlechtem Wetter durch eine sooo majore verhindert seien, ihren nationalen Tribut rechtzeitig einzuliefern. Nach dieser Feststellung wird die Kommission sich daran machen, ein Ausnahmengesetz gegen die antinationalen Bitterungen zu entwerfen. Man verkennt nicht die Schwierigkeiten dieses neuen Kulturkampfes gegen das Wetter, aber man hofft doch, mindestens eben so viele Erfolge damit zu erzielen, wie mit dem antikatolischen und dem antipolnischen Kulturkampf. Da das Wettermachen nicht zur Kompetenz des Reiches gehört, so wird der Cyprien'schen Gesandtschaft im preussischen Landtage eingebracht werden, und zwar am 1. April.

Ein interessantes Naturphänomen ward gestern auf dem Kanal zwischen Spandau und der Bismarck'schen Schleuse beobachtet. Hier sowie auf der Havel und dem Tegeler See, woselbst das Eis in diesem Winter eine Stärke von 18 Zoll erreicht hatte, war das Eis noch nicht fortgehaut, sondern stellenweis noch in ziemlicher Stärke vorhanden. Gestern Vormittag setzte sich nun plötzlich eine riesige Eismasse in Bewegung und trieb nach der Havel zu, zum nicht geringen Schrecken der hier lagernden Schiffer, die ihre Fahrzeuge gefährdet sahen. Erst nach und nach brach die Eismasse auseinander und trieb in größeren Schollen die Havel hinunter.

Vermißt wird die Inspektorsfrau J. Grünmayer aus Niederlage bei Briesen in der Mark. Dieselbe hielt sich seit Dezember d. J. hier auf, um sich einer Kur zu unterziehen. Dieselbe wohnte in Charlottenburg, Berlinerstraße 135 bei Hölde. Ende voriger Woche soll der behandelnde Arzt erklärt haben, daß er von einer in Aussicht genommenen Operation absehen müsse, weil die Dame sie nicht aushalten würde. Frau Grünmayer schrieb dies ihrem Gatten und theilte ihm mit, daß sie am Montag nach Hause kommen wolle. Sie verließ auch am 29. v. M. um 5 Uhr Nachmittags die Wohnung in Charlottenburg in Begleitung ihrer 13jährigen Nichte Elsa N., um nach Hause zu fahren. Das Gepäck, aus einem Koffer mit Messingbeschlägen, einem braunen Koffer und einer rothledernen Tasche bestehend, ließ sie sich von einem zufällig vorbeifahrenden Neblwagen transportiren. Sie wollte den Abendzug um 8 Uhr denugen, ist aber in ihrer Heimath nicht eingetroffen, sondern spurlos verschwunden. Frau Grünmayer ist eine große, elegante Figur, etwas stark, Ende der 30er Jahre, hat dunkelbraunes Haar und trug ein braunlarrirtes Kleid und braunen Regenmantel. Die 13jährige Nichte ist brünett, hat ein blaßes Gesicht und auffallend große Augen. Mittheilungen über den Verbleib beider Personen wolle man bei dem nächsten Postbureau machen.

Das fünfundsundzwanzigjährige Geschäftsjubiläum des Herrn Friedrich Schulte, der die Mitglieder des deutschen Reichstages und der preussischen Parlamente mit weiblicher Nahrung versorgt, vereinigte vorgestern Abend eine Gesellschaft von über 200 Personen in den geschlossenen Räumen des Leipziger Gartens. Die Feste des Abends wurde wesentlich erhöht durch Vorträge, die in lebenswüthiger Weise von den zahlreichen erschienenen Künstlern gehalten wurden. Fräulein Hoffmann und Herr Hübner von der Oper, Fräulein Christine Kaiser, eine sehr begabte Violinvirtuosin aus Frankfurt a. M., erzielten für ihre brillanten Leistungen reichen Beifall. Stürmische Heiterkeit rief das beliebte Komikerblatt von Wallner-Theater, die Herren Blente, Meißner und Burwig hervor. Schillernd wurde auch gelangt, und die Sterne waren wohl schon verblühen, als die letzten Gäste ihrem Heim zuwanden.

Zwei aufsehenerregende goldene Halsketten, eine silberne Broche, ein goldenes Medaillon und ein goldener Uhrdeckel wurden in Papierhüllen auf dem Grundstück Jehrdelinstraße 15 gefunden. Nuthmäßig rühren diese Sachen aus einem Diebstahl her. Dieselben können bei dem Kriminalkommissariat, Zimmer Nr. 15, beschlagnahmt werden.

Zahlreiche Anzeigen von Metall-Diebstählen sind bei der Kriminalpolizei eingegangen. So wurden in der Nacht zum 31. v. M. einem Goldschmiedemeister in der Alexanderstraße 5 Barren Kupfer und 10 Ballen Messing im Gesammtwerthe von circa 80 Mark aus seiner im Hofe im Keller belegenen Werkstätte mittels gewaltsamen Einbruchs entwendet.

Gerichts-Zeitung.

Ein Meineidsprozeß gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zur Verhandlung. Angeklagt war das Dienstmädchen Luise Häbner in Charlottenburg, in einem Zivilprozeß des Kaufmanns Glaserstein in Bernau gegen ihren Vater, den Halbwüchser Häbner in Wannow, wieweillich falsch geschworen zu haben. Am 30. Mai v. J. kaufte die Angeklagte bei dem Kaufmann Glaserstein einen Umhang für 21 M.

Der Vater lebte aber die Verantwortlichkeit für das Geschäft und die Zahlung ab und stellte der Behauptung des Kaufmanns gegenüber in Abrede, seiner Tochter oder dem Kaufmann einen Auftrag gegeben zu haben. Luise Häbner beschwor nun auch, allein und ohne Wissen ihres Vaters zu G. hingegangen zu sein, der ihr den Umhang „ausgeschwagt“ hätte. Dieser Eid soll, wie die Anklage behauptet, ein wissenschaftlicher Meineid gewesen sein. — Die siebenstündige Verhandlung entloste ein unerquickliches Bild. Ein gewaltiger Apparat von Be- und Entlastungszeugen war in Bewegung gesetzt worden. Aussage stellte sich gegen Aussage, Eid gegen Eid. Eine umfangreiche Beweisaufnahme suchte herauszustellen, ob die beiden Häbner, Vater und Tochter, gemeinschaftlich in Bernau oder auf dem Rückwege von Bernau gesehen worden wären. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgram demängelte die Glaubwürdigkeit der Zeugen oder die Sicherheit ihrer Aussagen, suchte nachzuweisen, daß persönliche Feindschaft und Machinationen gegen die Angeklagte und ihren Vater im Spiele seien und bezweifelt, daß ein so geringes Objekt, 21 M., zum Verbrechen des Meineids verleiten konnte. — Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Freisprechung der Angeklagten.

Moderne Sklaverei, lautete die Ueberschrift eines Artikels des „Deutschen Tageblatts“ vom 24. Juni v. J., in welchem die Lage der streikenden Arbeiter der Erdmannsdorfer Spinnerei zum Nachtheil der Leiter der Aktien-Gesellschaft geschildert wurde. Unter anderem sind die Löhne der Weber als zum Verhungern bezeichnet und die Abzüge für Ruspätkommen und Versicherung mangelhafter Arbeit in scharfer Weise gegeißelt. Es ist behauptet, daß aus den bezüglichen Beträgen Remunerationen für die Oberbeamten entnommen worden sind. Trotzdem das „D. Tagbl.“ eine ihm von dritter Seite eingebrachte Berichtigung der behaupteten Thatfachen aufgenommen, strengten die Direktoren der Aktien-Gesellschaft Nagel und Reier dennoch eine Privatklage gegen den verantwortlichen Redakteur des genannten Blattes, Dr. Friedrich Hannfuch an. Derselbe behauptete, daß ihm der inkriminirte Artikel von Herrn Dettweiler zugefandt sei und daß er denselben im besten Glauben an die Richtigkeit der behaupteten Thatfachen aufgenommen habe. Auch sei dies lediglich in Wahrnehmung der berechtigten Tendenz seines Blattes, welches für die unterdrückten Arbeiter eintrete (Wer laßt da? Red.), geschehen. Der als Zeuge geladene Dettweiler verweigerte seine Aussage. Der Gerichtshof fand in dem Artikel schwere, beleidigende Vorwürfe gegen die Privatkläger, für welche der Beklagte als Mittheiler haftbar sei. Nun würde demselben zweifellos der § 193 des Str. G. B. zu Gute gekommen sein, wenn nicht aus der Form, insonderheit aus der Ueberschrift, auf die Absicht, zu beleidigen, geschlossen werden müßte. Als erheblich strafmildernd sei die freiwillige Aufnahme der Berichtigung erachtet und deshalb nur auf 75 R. eventl. 15 Tage Gefängniß erkannt worden. Zugleich wurde den Klägern die Publikationsbefugniß im „Hirschb. Boten“ zugesprochen.

Eine Anklage wegen fahrlässiger Tödtung und fahrlässiger Körperverletzung mit Uebertretung der Berufspflicht von allgemeinerem Interesse gelangte gestern gegen den Droguehändler Reck und drei Angestellte desselben vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung. Der Anklage lag ein schwerer Unglücksfall zu Grunde, der zwei Menschenleben gefordert und eine längere Krankheit von drei Personen durch Vergiftung herbeigeführt hat. In dem Droguegeschäft des Angeklagten nämlich fand unter den ätherischen Oelen eine Flasche mit Nitrobenzol, im gewöhnlichen Leben Nitrobenzol genannt, welches zur Färbung von Mandelöl und auch als Rohmaterial für die Darstellung des Anilins verwendet wird. Die Angestellten des Geschäfts hatten die Unstute eingelegt, ihren Branntwein mit irgend einem ätherischen Oele zu vermischen, und bei einer solchen Gelegenheit kam dem Aulicher F. die Flasche mit Nitrobenzol in die Hand, aus der er verschiedene Tropfen in den Branntwein goß. Von den 5 Arbeitern, die von diesem Gemisch getrunken haben, starb einer am nämlichen Tage, ein zweiter nach mehreren Tagen langer Krankheit, während die drei Anderen nur erkrankten und wieder genesen. Nach dem Gutachten des Dr. Bischof gehört Nitrobenzol zu den Giften, für welche in der bezüglichen Polizeiverordnung ein strenger Aufbewahrungsort vorgeschrieben ist. Die Auserlassung dieser Vorschrift erachtete der Gerichtshof für eine Fahrlässigkeit, durch welche der traurige Ausgang herbeigeführt worden ist; er erachtete aber nur den Reck hier für verantwortlich und verurtheilte deshalb denselben zu 14 Tagen Gefängniß, während er die übrigen Angeklagten freisprach.

Umzugsfreuden. Vellagenswerthes Loos „möblirter Herr“ zu sein! Der Beduine in der Wüste kann nicht schlimmer daran sein; er schlägt sein Zelt auf, wo es ihm paßt und bricht es ab, wenn es ihm nicht mehr gefällt. Aber der Komade der Großstadt, der „möblirte Herr“ zieht herum mit seinen Habseligkeiten, losert er welche bestut und sucht nach einem Orte, wo er sein müdes Haupt niederlegen kann, nach einer Wohnung, die einigermaßen seinen bescheidenen Wünschen entspricht. Man kann gestrotz sagen, daß es überhaupt keine möblirte Wohnung giebt, die allen Anforderungen genügt. Bald ist das Zimmer zu groß, bald ist es zu klein, bald liegt es zu hoch, bald zu entfernt, im Sommer trifft es die Mittagssonne, im Winter scheint die Bestimmung seines Dens nur die zu sein, einen heißen Zimmerschmud abzudecken; bald kann man zu ihm nur gelangen, wenn man das Heiligthum der Familie, das Schlafzimmer, durchwandert hat, bald ist man den neugierigen Augen der lieben Nachbarschaft ausgesetzt; bald, um das Schlimmste zuletzt zu sagen, ist die Wirthin zu häßlich, bald zu häßlich. Eine alte erprobte Studentenregel empfiehlt nach drei Dingen besonders bei der Wahl eines möblirten Zimmers zu sehen, nach dem locus, joous und focus. Nun, das erste Erforderniß ist ja erfüllt, soweit Berlin inankstirt ist. Aber das „Vergnügen“ und die „Heizung“, die liegen noch sehr im Argen. — Glücklicher Mann, der eine möblirte Wohnung gefunden hat, die ihm gefällt. Er wird sie hüten wie einen Schatz! Einer dieser Glücklichen war der Kaufmann F. Er wohnte seit längerer Zeit bei Frau H. und es gefiel ihm so gut bei seiner Wirthin, daß er sich entschloß, ihr treu zu bleiben und mit ihr umzugehen, als sie die Wohnung wechseln mußte. Er sollte auch gar keine Unannehmlichkeiten haben. Frau H. versprach, alle seine Sachen in die neue Wohnung schaffen zu lassen, ohne daß er einen Finger zu rühren brauche. Der Umzugstag kam, es war der 2. April vorigen Jahres. Als vorrückender Mann fand sich Herr F. erst um 10 Uhr Abends in seiner neuen Heimstätte ein. Die sah noch sehr ungemüthlich aus; die Möbel hatten noch nicht den richtigen Platz gefunden; der Schrank stand schief, der Tisch wackelte, ein Stuhl, der verschämt in der Ecke stand, besah nur noch drei Beine. Ohne Widerspruch waren die tapetirten Wände, dagegen verrieth ein breiter Fettsch, wo früher das Sopha gewesen und wo die früheren Bewohner gesessen und gelebt hatten. Durch die gardinenlosen Fenster aber sah der Mond wie in eine Ruine hinein. — Nun das läßt sich nicht vermeiden“, dachte der junge Kaufmann philosophisch und änderte die Lampe an, deren Hülinder gesprengt und deren Glöde ein großes Loch aufwies. „Es wird schon besser werden!“ Er zog die Stiefel aus und suchte nach den Pantoffeln. Aber diese gestülte, an den Haden niedergelretene bequeme Fußbedeckung besand sich noch im Koffer. Wo war aber dieser Koffer? Es waren nur zwei vorhanden und gerade im dritten strakte das Gesuchte. Herr F. suchte, er sah in den Ecken nach, er kroch unter das Bett, er kletterte auf einen Stuhl, um auf den Schrank zu blicken; er schaute sogar hinter dem Ofen nach, trotzdem es sehr unwahrscheinlich war, daß der Koffer in der Zwischenzeit so admagogert wäre, um in dem schmalen Zwischentraum Platz finden zu können. Der Koffer

war nicht da. Schließlich tröstete sich Herr F. mit der Hoffnung, daß der Verschwendung unter den Sachen der Wirthin geblieben sei und daß er am nächsten Morgen gefunden werden würde. Aber auch diese Hoffnung war trügerisch. Es wurde alles umgelehrt, doch der Koffer, der „doch keine Stachel war“, wie Frau H. sehr richtig bemerkte, war und blieb verschwunden. Und gerade dieser Koffer hatte werthvollen Inhalt; 436 Mark betrug der Verlust. Es blieb nichts übrig als anzunehmen, daß er beim Umzug gestohlen war. Den Geldverlust hätte Herr F. noch verschmerzt, aber im Koffer befanden sich seine Papiere und beurlaubte Gebrauchsanweisungen an allen Enden. Er lief zur Polizei und da erfuhr er, daß von den Männern, die den Umzug ausgeführt hatten, zwei über ein sehr häßliches Register von Strafen verfügten. Bei der Hausdurchsuchung wurde aber nichts gefunden. Der unentdeckte Dieb war jedoch so anständig, Herrn F. einige Tage später, sorgfältig in eine alte Zeitung eingeschüllt, seine Legitimationspapiere durch einen Dienstmann zuzustellen. Vor der zweiten Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts fand gestern die Angelegenheit insofern ihren Abschluß, als der eine der beiden verdächtigen „Umzugsmänner“ der Reiner A. wegen Mangel an Beweisen freigesprochen wurde. In den vorjährigen Osterumzug wird Herr F. wohl eine Beilang gedacht haben und denken. Offenlich wohnt er trotzdem noch immer bei Frau H.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Etwas vom Bier. Die moderne Wirtschaftsweise hat zur Grundlage die Produktion auf großer Stufenleiter. In je größerem Umfange sich die Konzentration der Produktionsmittel vollzieht, je mehr die Fortschritte der maschinellen Technik das ökonomische Getriebe umwälzen, desto schärfer prägt sich das Entwicklungsgesetz des Kapitalismus aus, das da lautet: Sieg des Großbetriebs über den Kleinbetrieb. Mitleidlos vernichtet die heutige Entwicklung Laufende und Abertaufende aus den Schichten des Kleinbürgerthums und des sogenannten Mittelstandes, holt sie hinab in die Reihen der beschloßenen Arbeiter, die ihre Arbeitskraft und nur ihre Arbeitskraft auf den Markt bringen, unarmherzig geht der eberne Schritt der neuen Zeit über das Kleinkapital zur Tagesordnung über, die sich und darstellt als prägnanteste Gegenüberstellung einer kleinen, immer mehr sich verengenden Gruppe immer reicher werdender Riesenkapitalisten, und einer von Tag zu Tag zu immer gewaltigeren Dimensionen anschwellenden breiten Masse des Proletariats. Auch in der Bierzeugung hat sich diese Thatsache geltend gemacht. Vor uns liegt eine Uebersicht über den Betriebsumfang der Bierbrauereien im Reichssteuergebiet. Denselben kann man an der Höhe der Brausteuer, die von den verschiedenen Stablfementis entrichtet werden, leicht erkennen. Es zeigt nun die folgende Uebersicht, daß mit wahrhaft naturgesetzlicher Beständigkeit die Zahl der kleinen und mittelgroßen Betriebe von Jahr zu Jahr in wechsender, die Ziffer der Großbetriebe dagegen in steigender Tendenz sich bewegt. Betrachten wir den Zeitraum von 1872 bis 1883/84, so finden wir, daß im Jahre 1872 an Brausteuer bis 15 R. entrichteten 3110 Betriebe, 1873: 2969, 1874: 2682, 1875: 2577, 1876: 2599, 1877—78: 2396, 1878—79: 2226, 1879—80: 2263, 1880—81: 2289, 1881—82: 2083, 1882—83: 1955, 1883—84: 1948. Wie man sieht, ist, abgesehen von einigen kleinen Schwankungen, eine konstante Abnahme dieser Zweigbrauereien zu verzeichnen. Gerade so ist es bei den Brauereien, die über 15 bis 60 R. Brausteuer zahlen. Die Ziffer derselben fiel von 1971 im Jahre 1872 auf 1300 im Jahre 1876, 1114 im 1880 bis 1881 und betrug 1883—84 nur noch 1004, ein ganz kolossaler Rückgang! Derselbe Erscheinung bei den Betrieben, die 60 bis 300 R. steuern. 1872 gab es 3642, 1876 nur noch 2810, 1883—84 bloß 2353 Produktionsstätten dieser Art. Dasselbe Lied bei den Betrieben mit über 300 bis 600 R.!

Man urtheile selbst:

1872:	1701 Betriebe
1875:	1581 "
1880—81:	1507 "
1883—84:	1398 "

Auch bei dem eigentlichen Mittelbetrieb mit 600 bis 1500 Mark Brausteuer zeigt sich dieser Rückgang. Im Jahre 1872 gab es 1896, 1876: 1656, 1879—80: 1606, 1881—84 nur noch 1769 dieser Unternehmungen. Wie anders stellt sich das Verhältniß bei den eigentlichen Großbetrieben! Die Kategorie über 1500 bis 6000 R. entwickelte sich folgendermaßen:

1872:	1441 Betriebe
1875:	1571 "
1876:	1665 "
1880—81:	1582 "
1883—84:	1609 "

Diese erste, dem Range nach am tiefsten stehende Gruppe der Großunternehmungen vermehrt sich, aber in geringer Proportion. Es deutet dies darauf hin, daß ihnen allmählich die Auffassung durch die ganz kapitalistischen Betriebe bevorzieht. Die Brauereien mit 6000—15 000 R. Brausteuer stiegen von 271 im Jahre 1872 auf 371 im Jahre 1875 und betragen 1883—1884 bereits 403. Das zeigt klipp und klar die Neigung des Kapitalismus, die Produktion auf großer Stufenleiter zum allgemein gültigen Typus der gesellschaftlichen Arbeit zu erheben. Den glänzenden Abschluß bildet die letzte Kategorie mit über 15 000 Mark Brausteuer. Da haben wir

1872:	125 Betriebe
1875:	197 "
1883—84:	219 "

Diese Zahlen sind ein vortreffliches Spiegelbild für die wirtschaftliche Entwicklungsgeschichte unseres Zeitalters. Auch in der Vereitung des edlen Gerstenstoffes schlägt ein großer Kapitalist zehn kleine tod. Und das von Rechtswegen, d. h. als Vorbedingung für die rationellere Regelung der Produktionsweise.

Die Rheder schreien nach Staatshilfe. Von der Nordsee wird eine Agitation für Reichssubvention der Rbederei gemeldet. Die Rheder verlangen einen Zuschuß von 50 Pf. pro Registerston für je 1000 Seemeilen Fahrt. Schiffseigner haben früher viel Geld verdient und herrlich und in Freuden gelebt, oder Schätze auf Schätze gehäuft. Jetzt gehen die Geschäfte schlecht und sie verdienen nicht so viel, als sie noch ihren Begriffen verdienen müssen. Sie haben gesehen, daß man der Landwirtschaft, der Industrie durch Böde auf Kosten des konsumirenden Volkes beigezungen ist, ergo haben auch sie das Recht, Subvention vom Staat zu fordern. Das ist komisch und bezeichnend zugleich. Komisch, weil früher und auch jetzt noch das Geschrei groß war und ist, wenn der Arbeiter zur Hebung seiner Lage Staatskredit beansprucht. Der Staat dürfe in die Produktion nicht eingreifen, dürfe die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen nicht antasten, hieß es damals und heißt es noch heute. Bezeichnend ist das Geschrei, weil man für sich das fordert, und noch mehr, was man bei Jenen als unzulässig, kulturfeindlich bezeichnet. Das heißt mit andern Worten: der Staat ist nur für die Reichen da, nicht aber für die Armen. Die Steuerarößen des werththätigen Volkes sollen zur Unterstützung der Reichen verwendet werden dürfen, nicht aber umgekehrt, das ist die Logik der Rheder, welche ihre Matrosen mit 50—60 R. Monatsbeur ablohnen.

Wieder einmal ein Meisterwort. Zum Obermeister der Bauinnung in Baugen kommt ein Maurergeselle und bittet lebentlich um eine kleine Lohnerhöhung, da er bei den in Baugen üblichen Hungerlöhnen mit seinen fünf Kindern nicht bestehen kann. Er erhält eine abweisende Antwort, die der

Herr Obermeister Rube durch den Ausspruch begründet: „Arbeiter brauchen keine Kinder“. Sagte es, und ging zum Frühstück.

Zur Lohnbewegung der Maurer. Der Maurer Conrad — aus Berlin ausgewiesen — sprach am 30. v. M. in Götting in einer öffentlichen Versammlung über die Lage der Maurer. Es wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, daß am Morgen des 1. April von den Maurergesellen jeder Göttinger Maurermeister und Baugeschäftsinhaber erinnert werden solle, daß mit diesem Tage der den Arbeitgebern vorgelegte Lohnsatz: pro Stunde 30 Pfennig Lohn, zehnstündige Arbeitszeit pro Tag und für Sonntagsarbeit und Ueberstunden 10 Pfennig Zuschlag pro Stunde — in Kraft trete. Da aber voraussichtlich die Arbeitgeber die Forderungen der Gesellen nicht anerkennen werden, so ist ein Streik unvermeidlich und wird voraussichtlich in ganz kurzer Zeit eintreten.

Vereine und Versammlungen.

Die Studateure hielten am 29. v. M. in Nieß's Lokal eine öffentliche Versammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Beschlußfassung über die von der Lohnkommission vorgeschlagene Streikregulierung, referierte Herr Heindorf, welcher der Versammlung bekannt gab, in welcher Weise die Lohnkommission gedenkt, die bevorstehende Arbeitseinstellung zu leiten und forderte derselbe am Schluß seiner Rede die Kollegen auf, fest zusammen zu halten und allen Anordnungen der Kommission willig Folge zu leisten, denn nur durch Einigkeit könne man zum Siege gelangen. Der Schriftführer schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und theilte mit, daß es die Lohnkommission sehr bedauere, daß die Studateure nun gezwungen sind, durch eine Arbeitseinstellung ihren gestellten humanen Forderungen Geltung zu verschaffen. Die Kommission wäre mit dem besten Voratz in die Unterhandlung mit der Meisterkommission getreten, um ein gutes Einvernehmen mit derselben herbeizuführen. Leider aber wären die Verhandlungen resultatlos gewesen, die Schuld treffe allein die Meisterkommission, deren Vorsitzender Herr Gillis erklärt hätte, daß die Meister von den von ihnen aufgestellten Bedingungen unter keinen Umständen abgeben würden und daß es ihm gleichgültig wäre, wenn die Gehilfen — falls sie mit dem Meistertarif nicht einverstanden sind — die Anerkennung ihrer Forderungen durch einen Streik erkämpfen wollten. Redner meinte, ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer könnte nur herrschen, wenn von beiden Seiten der gute Wille dazu vorhanden wäre; wenn aber alle Arbeitgeber den Ansichten des Herrn Gillis huldigten, dann würden die Arbeiter gedrängt, ihr Recht und ihre Forderungen durch Arbeitseinstellungen zu erkämpfen. Er fordere nun die Kollegen auf, durch Einigkeit und mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Es würden wahrscheinlich, da die Bürger sich verpflichtet hätten, die Studateure zu unterstützen, die indifferenten Kollegen abgehalten werden, auf den Bauten weiter zu arbeiten. Die Versammlung gab nun einstimmig der Lohnkommission ihre Zustimmung zu der von derselben vorgeschlagenen Streikregulierung. Es wurde beschlossen, von jetzt ab pro Woche 50 Pf. Beitrag zum Unterstützungsfonds zu zahlen und daß nach Ablauf der ersten Woche nach Eintritt der Arbeitseinstellung die freistehenden Kollegen unterstützt werden sollen. — Für die freistehenden Tapezire bewilligte die Versammlung 25 Mark aus dem Unterstützungsfonds. — Nach einer sehr regen Diskussion über verschiedene interne Angelegenheiten schloß der Vorsitzende um 1 1/2 Uhr Nachts die Versammlung.

hr. Eine öffentliche Versammlung der Tapezire tagte am Mittwoch in Grauwitz's Sälen unter dem Vorhitz des Herrn Sander. Der Kollege Grünwald aus Hamburg referierte über das Thema: „Arbeitseinstellung und Fachverein“. Derselbe schilderte die zur Zeit im Tapeziregewerbe herrschenden schlechten Lohnverhältnisse und legte dann die Nothwendigkeit dar, daß die Genossen jedes Gewerbes, die Meister oder Prinzipale, die für Fabrikanten arbeiten, nicht weniger als die Gehilfen sich zu festen Organisationen zusammenschließen. Nicht aber vorübergehende nur zur Durchführung von Streiks hergestellte Vereinigungen, sondern für die Dauer bestehende Fachvereine seien im Stande, eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Die nächste Aufgabe eines Fachvereins sei die, den arbeitslosen Kollegen Arbeit zu schaffen — durch Verärgerung der Arbeitseinstellung und durch Abschaffung der Ueberstunden- und der Sonntagsarbeit. Einen Normallohn zu fordern, sei weniger nöthig, als eine Normalarbeitszeit festzusetzen und strenge inne zu halten. Gehörten die 1000 in Berlin vorhandenen Tapezire alle zum Fachverein, so würde der Fachverein bei einem Beitrage von 10 Pf. wöchentlich eine Jahresinnahme von mehr als 4800 Mark und bei 50 Pf., die wohl auch Jeder geben könnte, eine Jahresinnahme von mehr als 24000 Mark haben. Mit einer solchen Einnahme würde es ein Leichtes für den Fachverein sein, allen seinen Mitgliedern Löhne, die zu einer menschenwürdigen Existenz ausreichen, zu erringen und zu sichern. — Herr Sander theilte mit, daß in der ersten Woche des Streiks der Lohnkommission Unterstützungsgelder im Betrage von 464 Mark zugegangen seien, die Streikausgaben aber inklusive der Agitationskosten circa 900 Mark betragen haben; er gab dem Referenten darin Recht, daß es für die Lohnkommission eine peinliche Aufgabe sei, durch einen Appell an das Solidaritätsgefühl anderer Gewerkschaften die zur Unterstützung der Streikenden nöthigen Gelder zusammen zu bringen und daß es besser sein würde, wenn die Tapezire Berlins so organisiert wären, daß sie mit eigenen Mitteln den Streik freigeig durchzuführen könnten. Herr Wildberger verteidigte dem Referenten gegenüber die Forderung eines Minimallohnes von 22,50 M. wöchentlich. Nach Schluß der Diskussion theilte Herr Staudinger die (70) Firmen mit, welche der Lohnkommission auf ihre Anträge den definitiven Bescheid haben zugehen lassen, daß sie die gestellten Forderungen bewilligen, ferner diejenigen Firmen, welche noch keinen definitiven Bescheid gegeben und endlich mehrere Firmen, welche die drei Forderungen zwar bewilligen, aber in Bezug auf die eine derselben, daß der Minimallohn 22,50 M. sein soll, sich Ausnahmen vorbehalten. Ein Kollege theilte mit, daß in der Werkstatt des Herrn Wichtenstein, trotzdem derselbe Alles bewilligt habe, die Ueberstundenarbeit nach wie vor betrieben werde.

Kongress der deutschen Maurer in Dresden. Der Kongress war besucht von 73 Delegirten, welche 61 Städte vertreten. Aus Schlefien hatten die Städte Breslau, vertreten durch zwei, und Görlitz, Viegmitz, Brieg und Reife je durch einen Delegirten den Kongress besucht. Der Kongress tagte vom 23. bis 25. März. Auf der Tagesordnung stand: 1. Rechenschaftsbericht der Kontrollkommission und 2. der Preis-Kommission. 3. Die Aufgabe der Kontroll- und Preis-Kommission. 4. Regelung des Vergehens bei Arbeitseinstellungen. 5. Organisation der Wanderunterstützung. 6. Agitation und Organisation. Hierzu eine große Anzahl Anträge und Unteranträge. Nach dem Rechenschaftsbericht der Kontrollkommission betrug die Einnahme vorigen Jahres ca. 21000 M., wovon ca. 19000 M. für die Streiks in Rathenow und Berlin verausgabt wurden und 2000 M. für die Agitation. Der Kontrollkommission wurde auf Antrag der Revisions-Kommission Decharge ertheilt. Ueber den Rechenschaftsbericht der Preis-Kommission entspann sich eine heftige Debatte und wurden die Angriffe besonders von den Hamburger Delegirten geführt. Im Allgemeinen wurde der Bericht, sowie die Thätigkeit der Berliner Preis-Kommission bewundert, und konnte die Decharge nicht ertheilt wer-

den. Es wurde eine Revisions-Kommission gewählt, die sofort nach dem Kongress, die Revision vorzunehmen hat. — Der dritte Punkt nahm einen ganzen Tag in Anspruch und wurde endlich beschloffen, die Kontroll- von der Preis-Kommission zu trennen. Es wurde beiden ein besonderes Feld der Thätigkeit angewiesen. Die Kontroll-Kommission wurde in Agitations-Kommission umgetauft, und hat ihren Sitz in Hamburg, die Preis-Kommission, die den Bauhandwerker verwaltet, hat ihren Sitz in Berlin. Zu Punkt 4 sind nach Mittheilungen der Delegirten 19 Streiks zumeist in größeren Städten in Aussicht. Wie überall, sind es auch hier die Innungen, welche nach Kräften die berechtigten Forderungen der Gesellen zu verhindern suchen, während mit den außerhalb der Innung stehenden Unternehmern in vielen Fällen eine Verständigung erzielt worden ist. Da die Verhältnisse in Schlefien und Süddeutschland am schlechtesten sind, so sollen auch diese Distrikte in erster Linie berücksichtigt werden, und ist dies in die Hände der Agitationskommission gelegt worden. Ebenso die Bestimmungen zu Punkt 5 und 6 der Tagesordnung. Im Allgemeinen war man der Ansicht, eine rege Agitation zu entfalten, um die Bewegung nach allen Richtungen hin auszuweiten, ohne eine „sogenannte“ Zentralisation und Verbindungen mit den Fachvereinen anzubahnen. So erregt die Gemüther im Anfang auf einander plagten, und so erregt auch die Verhandlungen begannen, so ging doch jeder Delegirte mit dem Bewußtsein nach seiner Heimath zurück, etwas gutes und bestimmtes geschaffen zu haben.

Zentralfranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer (E. S. Nr. 8 Hamburg). Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Reny's Salon, Raunungsstraße 27, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom I. Quartal. 2. Verschiedenes und Fragelasten.

Zentralfranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder (E. S.). Sonnabend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, und Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in den Armirenhallen, Kommandantenstraße 20, Haupt-Versammlung. Tagesordnung: Berathung der Anträge zur Generalversammlung. Quittungsabdruck legitimirt. — Die Zahlstellen befinden sich: 1) Am Dranienplatz bei Sperling, 2) Raunungsstraße 60 bei Schneider, 3) Blumenstraße 29 bei Schneider, 4) Ecke der Rosenhaler- und Weinmeisterstraße bei Schröder, 5) Holmarktstraße 44a bei Wesenitz und 6) Alte Jakobstraße 120 bei Krümmel.

Fachverein sämmtlicher im Drechslergewerk beschäftigten Werksgehilfen. Versammlung am Montag, den 5. April, Abends 8 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Rottbuserstr. 4a (oberer Saal). T. D.: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag über „die amerikanische Arbeiterbewegung im Jahre 1886 und was lehrt uns dieselbe“. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Ausnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen.

Konfessionsständiger Bezirksverein „Vorwärts“. Mittwoch, den 7. April, Abends 8 1/2 Uhr, in Krieger's Salon, Wasserhorststr. 68, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Dr. Reiche über: „Gewerbliche Rechtsverhältnisse“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen; neue Mitglieder werden aufgenommen.

Große öffentliche Eisenbahnarbeiter-Versammlung Montag, den 5. April, Abends 9 Uhr, in Sanssouci, Rottbuserstr. 4a. Tagesordnung: Die Petition der Eisenbahnarbeiter an den preussischen Landtag. Referent Herr Georg Kördel. Abgeordnete sind eingeladen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. Nr. 29, Filiale Berlin 8, Gesundbrunnen). Versammlung Sonnabend, den 3. April, Abends 8 1/2 Uhr, Badstraße 54-56 (Weimann's Volksgarten). Tagesordnung: 1. Kasfenbericht. 2. Delegirtenwahl. 3. Verschiedenes.

Verein der Berliner Bauanschläger. Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, Vereinsversammlung bei Preuß. Oranienstr. 51.

Fachverein der Metallschleifer und verwandten Berufsgenossen. Montag, den 5. April, Abends 8 Uhr, in Nieß's Salon, Kommandantenstraße 71-72, Generalversammlung. Tagesordnung: Wahl des I. Vorsitzenden der Fachkommission und des Vergütungskomitees. Kasfenbericht. Verschiedenes.

Gesang-Verein „Harmonia“. Jeden Sonnabend, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schumann, Alte Jakobstraße 38.

Verein der Laubenfreunde jeden Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Kleemann, Kaufstr. 41.

Freie Vereinigung der Lederzuchtler und Ledergerber Berlins. Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Seefeld's Lokal, Grenadierstr. 33, Versammlung. Gäste sind willkommen.

Studateure Berlins. Eine Delegirtenversammlung findet am Sonntag, den 4. April, Vormittags 10 Uhr, in Nieß's Lokal statt. Sonntag, den 11. April, öffentliche Versammlung.

Lezte Nachrichten.

Schöne Begriffe von Moral herrschen in den Reihen der Konfessionen und Nationalliberalen. Trotzdem die Wahlen der Herren Loy (Kassel) und des „Kameraden“ Reiz (Meiningen) von der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags für ungültig erklärt worden sind, und der Reichstag selbst am Tage vorher an der Prüfung der Wahl des letzteren der beiden Herren durch eine von den Anhängern desselben beantragte Verlagerung verhindert wurde, stimmten Herr Loy und der edle „Kamerad“ gestern im Reichstag mit ab über die Verlängerung des Sozialistengesetzes; daß dieselben bei dem Namensaufruf mit Ja antworteten, ist selbstverständlich. Dazu gehört die ganze moralische „Unverfrorenheit“, die sich jetzt in den Reihen der Konfessionen und Nationalliberalen breit macht. Zu dieser Unverfrorenheit gestellt sich noch die national-liberale Heuchelei. Tags zuvor bei Feststellung der Tagesordnung für gestern — es war der Vorschlag gemacht worden, die Prüfung der Reiz'schen Wahl vor der Schlussberatung über das Sozialistengesetz zu verhandeln — rief der Fraktionsgenosse des „Kameraden“ Reiz, der Abg. Meyer (Jena) daraufhin, daß Herr Reiz sich beim Sozialistengesetz der Abstimmung enthalten würde. — So wird Wort gehalten und so steht die nationalliberale Moral aus!

Herr Reichstagsabgeordneter und Oberbürgermeister von Fördendek ist gestern zum zweitenmale durch Versäumung des Herbedahnanschlusses von der Abstimmung über das Sozialistengesetz abgehalten worden.

Von den Sozialdemokraten fehlten bei der namentlichen Abstimmung über das Sozialistengesetz die Abgg. Weiser und Bierd. Beide waren Erkrankung in der Familie und dringender Geschäfte wegen in die Heimath gereist. Dieselben aber hatten sich „abgepaart“, wie im Reichstage der technische Ausdruck lautet. Der erstere mit dem nationalliberalen Herrn Franke, der andere mit dem liberalen Freiherrn von Kreibitz, die sich verpflichteten, gleichfalls in der betreffenden Sitzung nicht anwesend zu sein.

Da die serbische Regierung die Mittel zur Kriegführung von Wiener Banken erhalten hat, so betrachtet man in Wiener Finanzkreisen den Ministerwechsel in Serbien mit Beforgnissen. Zu ihrer Beruhigung wird nun dem „F. d. B.“ aus Belgrad gemeldet, daß der bevorstehende Personenwechsel im Finanzministerium keine Veränderungen in den finanzpolitischen Anschauungen der maßgebenden serbischen Kreise und somit auch keinen Systemwechsel in der Finanzverwaltung her-

beiführen werde. Daß dies offizielle Botschaften dem Ministerium Kistich keine Verpflichtungen auferlegt, bedarf wohl nicht besonders bemerkt zu werden.

Das „Journal de St. Petersburg“ bemerkt, Admiral Kasnaoff habe sich nach Syra und nicht nach Smyrna begeben, und beabsichtige, wieder nach der Subatib zurückzukehren; es seien somit alle an jene Fahrt geknüpften Kommentare hinfällig.

Die, wie es heißt, ablehnende Antwort des Fürsten Alexander auf die Mittheilung der Vorste vom 30. März ist überreicht worden. Der Fürst lehnt es also noch immer ab, nur auf fünf Jahre zum Gouverneur von Ostromelien ernannt zu werden. Die „Times“ sagt in einer Besprechung der ostrumelischen Frage, wenn die Einwilligung des Fürsten Alexander zu der von den Mächten vorgeschlagenen Lösung nicht erlangt werden könne, müßten diese sich bestreben, die Angelegenheit ohne seine Einwilligung zu ordnen, und es ihm überlassen, die Folgen zu tragen.

In den Gladstone's ergebnen Kreisen hofft man noch bestimmt auf einen Sieg seines irischen Projektes. Um letzteres zu Fall zu bringen, müßten entweder mindestens 85 Liberale sich an Chamberlain und Trevelyan anschließen, oder, wenn sich hierzu, wie bis jetzt verlautet, nur 50 Liberale entschließen können, mindestens 60 sich der Abstimmung enthalten.

Vermischtes.

Ueber den kürzlich verstorbenen Literaturhistoriker Heinrich Julian Schmidt, einen der unheilvollsten Kritiker, finden wir in der „Zgl. Rundschau“ folgende Kritik der von Julian Schmidt in die Mode gebrachten Kritik: „Sobald ihm (Julian Schmidt) nur eine klein wenig lebenswürdige Stimmung beschleicht, wird er lebendig, ansehend, belehrend, das Gemüth befriedigend; geht er seiner gewöhnlichen Natur nach, verbittert er sich und Andere. Das ist nicht schon Kritik, sich darauf zu besinnen, was an einer That, an einer schriftstellerischen Arbeit Schlechtes sei und dieses Schlechtes dann allein hervorzuheben, sondern das Vermögen, sich unbesangen in den Gegenstand zu versenken, verleiht die Befähigung zum Erkennen des Ganzen. Als er zusammen mit Gustav Freytag Ende der vierziger Jahre die „Grenzboden“ übernahm, trat anfänglich seine Schroffheit noch weniger hervor; er begann mit seinem Besten, das er hatte: geistvolle Einfälle über unsere großen Dichter und aus diesen kurzen, ziemlich zusammenhanglosen Essays setzte sich späterhin seine „Geschichte der deutschen National-Literatur im 19. Jahrhundert“ zusammen. . . . Mit w. Selbstvertrauen von früher Jugend an ausgestattet, fühlte sich Julian Schmidt bald genug als eine kritische Kraft, der kein Anderer zuvorkommen konnte. Sein Muth in der Bekämpfung Aller, die geistig in die Höhe streben und Einfluß auf Viele gewannen, steigerte sich zum Hochmuth, und dieser schwere Ladel darf einem Manne nicht eripirt bleiben, der sich systematisch darauf verlegt hatte, einen Gurylow zu ruinieren. Was dieser Ritter vom Geist geschaffen hat, es übertrug ihm hoch alle Leistungen Schmidt's, und hierfür hatte nur er selbst kein Verständnis, einfach weil ihm der freie Blick in das Leben fehlte. Nun, für seinen Gurylow-Frevel ist er hart, sehr hart bestraft worden; Ferdinand Vassalle befandte durch seine Polemik gegen Julian Schmidt nicht bloß, daß er wie dieser ein genauer Kenner unserer Literatur war, sondern daß auch eine viel mächtigere kritische Gewalt in ihm steckte, als in seinem Gegner. Und selbst an Derbheit überhaltender Sozialist den Literaturhistoriker weit. Schmidt hatte Gurylow vernichten wollen und dabei den Dichter tödlich gekränkt — Vassalle brachte Schmidt förmlich um. Daß er ihn zu grausam behandelt hatte, weil er ihm Alles absprach: Kenntnisse, Urtheil, stilistische Kunst, kam Schmidt vorzüglich zu Satten, denn Vassalle's Schrift gegen ihn wurde zwar sehr beachtet, sogar bewundert, aber doch als Tendenz, sogar als Schmähschrift angesehen. Immerhin hatten Vassalle's Reulenschläge den Kritiker so empfindlich mitgenommen, daß er längere Zeit nicht zum arbeiten kam; erst ganz allmählich erholte er sich von dem Schreck, der ihm aber im Ganzen recht heilsam werden sollte. — Nur einen ganz kleinen Umzugspreis hatte Schmidt in Leipzig gewonnen; es schien ihm, als bedürfte er Anderer nicht, und wie verhängnißvoll wurde für ihn diese Abgeschlossenheit! Zu seinem Glück trat die Aufforderung an ihn heran, in Berlin eine von der allliberalen Partei zu gründende Zeitung als Vetter zu redigieren. Es hatte auf seinem Namen ein Fauber gelegen, der die liberale Mittelpartei zu der Vorstellung brachte, die „Berliner Allgemeine Zeitung“ würde unter Julian Schmidt rasch in die Höhe kommen, auch der Partei ein größeres Ansehen bei mehr Einfluß gewinnen müssen. Allein die Zeitung ging nach zwei Jahren wieder ein, nachdem sie in keiner einzigen Nummer mit irgend welcher beachtenswerthen Leistung hervorgetreten war. — Schmidt zog sich nun in das literarische Stillleben zurück; durch die Gnade des Königs war ihm ein Staatsgehalt von 200 Thalern aus Lebenszeit gesichert. Er hat jetzt, erst seit wenig Jahren verheiratet, sorgenlos forschen und schreiben können; da ihm Berlin ungemein behagte, so ließ er sich hier dauernd nieder. Er ist in regem Verkehr auch mit seinen politischen Parteifreunden geblieben; indessen erlor er sich für an nur noch das literarische Gebiet zu seinem Tummelplatz. Um sich dem Publikum durch eine große Arbeit in Erinnerung zu bringen — seine literarischen Handbücher waren durch jüngere Gelehrte zurückgedrängt worden — um auch mit einem wissenschaftlich vollrichtigen Werke sein Leben abzuschließen, machte er sich an die schon erwähnte Arbeit, deren Vollendung der Tod leider verhindert hat.“

Kleine Mittheilungen.

Kassel, 31. März. (Dynamit-Explosion.) In der Dynamitfabrik zu Förde bei Dipe hat sich gestern durch Explosion von Sprengmaterial ein glückliches Unglück ereignet, indem fünf Arbeiter getödtet wurden. Denselben erschütterte die zubereiteten Sprengstoffe unter den Händen. Die Unglücklichen hinterlassen zahlreiche Familien. Der entsefliche Vorfall erregt hier um so mehr allgemeine Aufregung, als erst vor wenigen Wochen in derselben Fabrik auf dieselbe Weise drei Arbeiter getödtet wurden.

Paris, 27. März. Photographische Aufnahme des Innern des verfallenen Steinbruchs von Chancelade bei Bergerac haben das Vorhandensein eines Leichnams in signender Lage ergeben, in dessen Nähe sich einzelne nothle Theile eines anderen Körpers befanden. Man will daraus schließen, daß die unglücklichen Verschütteten, um ihr Leben zu verlängern, Einem aus ihrer Mitte tödteten und aufzehrten. Diese Vermuthung wird durch den Umstand unterstützt, daß man noch lange nach dem Erdstürze Rauch aus den Felsklüften über dem Steinbruch aufsteigen sah.

Brüssel, 1. April. (Verunglückte Arbeiter.) Nach einer Londoner Depesche der „Indep. Belge“ vom 31. März hat inmitten der Arbeiten des Kanals von Panama eine Pulver-Explosion stattgefunden, wodurch 10 Personen getödtet und 40 verwundet worden sind.

Briefkasten der Redaktion.

Zwei Wettende. Das Rifferblatt der Thurmuh des Berliner Rathhauses hat einen Durchmesser von 13 Fuß.

G. W. 86. Die gewünschte Adresse ist: Potsdamerstraße 33 in Charlottenburg.

G. 2. 1) Das Sozialistengesetz ist in seiner selbsterigen Fassung, also unverändert auf zwei Jahre verlängert worden. 2) Derartige Statuten brauchen Sie der Behörde nicht zur Genehmigung, sondern nur zur Kenntnisknahme einzureichen.